

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 8,75 fl.
monatlich 3 fl. In den Ausgabenstellern monatlich 2,75 fl.
Bei Postbezug vierteljährlich 9,23 fl., monatlich 2,11 fl. Unter Streichband in Polen
monatlich 5 fl., Danzig 8 Gulden. Deutschland 2,5 Reichsmark. — Einzelnummer 20 fl.
Bei höherem Gewalt (Betriebsförderung, Arbeitsmittelverleihung usw.) hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Herrn Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonialzelle 20 Groschen, die 90 mm
breite Reklamezeile 100 Groschen. Danzig 20 bis 100 fl. Pf.
Deutschland 20 bzw. 100 Goldfl., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Plat-
tform und schwierigem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Er scheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postcheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 256.

Bromberg, Donnerstag den 5. November 1925.

49. Jahrg.

Stimmungsumschwung in Nordschleswig.

Die Bilanz fünfjähriger Dänenherrschaft südlich der Königsan.

Die allgemeine Entwicklung der Verhältnisse in Nordschleswig nach der „Wiedervereinigung“ mit Dänemark hat neuerdings zu einem beachtenswerten Stimmungsumschwung im Lande geführt. Von der Begeisterung, mit der 1920 viele „Neudänen“ in den Abstimmungskampf für ihr „angestammtes“ Vaterland zogen, ist nach fünfjähriger dänischer Herrschaft eine furchtbare Enttäuschung zurückgeblieben. Die Ursachen dieses Umschwunges sind nicht etwa in der letzten Zeit zu suchen, sondern reichen bis in die ersten Tage nach der Übergabe des Landes an die neuen Herren zurück.

Was hatte man damals, als die Bevölkerung sich vor die Frage gestellt sah, ob sie sich für Deutschland oder Dänemark entscheiden sollte, dieser nicht alles an wirtschaftlichen Vorteilen versprochen? Während das Deutsche Reich zerstören und zerstreuen am Boden lag, lockte drüben ein von allen Entbehrungen und Nachwirkungen des Weltkrieges völlig verachtet gebliebener Staat, der außer einer gesunden Wirtschaft eine feste Währung und ruhige politische Verhältnisse hatte. Alles das musste Dänemark damals sehr geschickt in seiner Propaganda zu verwerken.

Doch schnell dämmerte dann — zu spät! — die Erfahrung auf, daß man sich in seinen Hoffnungen getrogen und getäuscht sah. Von den Versprechungen, mit denen man 1920 den Wählern die Stimme für Dänemark entlockte, ist bis heute keine erfüllt. Weder die dem Lande damals zugesetzten und jetzt von ihm geforderten verkehrstechnischen Verbesserungen, noch vor allem die seit Jahren verlangten Kredite sind eingekommen. Die Folge ist eine ernste Wirtschaftskrise, die sich im Laufe der Jahre mehr und mehr verstiefe und in den letzten Monaten zum vollen Ausbruch gekommen ist. Als das Gebiet zu Dänemark kam und die Bevölkerung ihre Papiermark gegen die hoch im Kurs stehende Krone tauschen mußte, da fehlten plötzlich der Landwirtschaft die Mittel zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft. Mancher mußte Grund und Boden verschlendern, um überhaupt weiterleben zu können. In Reichsdänemark dachte angesichts dieser Notlage niemand daran, hier helfend einzutreten. Vermögen verloren, ohne daß auch nur Trümmer gerettet werden konnten, da Dänemark eine Entstädigung oder teilweise Auflösung, wie sie bei uns und in Deutschland durchgeführt worden ist, seinen neuen Untertanen verweigerte. Das Steigen der dänischen Krone hat das Elend in den letzten Wochen nur noch verschärft, so daß man nunmehr eine allgemeine wirtschaftliche Stagnation befürchtet. So steht z. B. schon die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte nach England, dem bisherigen Absatzgebiet Nordschleswigs, da England neuerdings die Einfuhr aus seinen Kolonien bevorzugt. Die drohende Katastrophe hat überall eine Unzufriedenheit hervorgerufen, die kaum größer sein kann.

Diese wirtschaftliche Notlage hat auch zu einer zerschundenen Wirkung im schleswigschen Dänenlager geführt, die sich in der Presse Nordschleswigs und Reichsdänemarks lebhaft widerspiegelt. Der Stern H.P. Hansens, den man im ersten Raunz der „Wiedervereinigungsfreude“ zum Minister für „Sonderjylland“ machte, bewegt sich südlich und nördlich der Königsau auf absteigender Bahn.

Dabei treten zugleich die kulturellen Gegensätze offen auf, die Nordschleswig von Kopenhagen trennen. Wer die Geschichte der Nordmark kennt, ist darüber nicht verwundert. Als 1848 nach der Erhebung Schleswig-Holsteins der Gedanke der Teilung Schleswigs für Monate im Vordergrund der europäischen Politik stand, da waren es die Bewohner Nordschleswigs selbst, die erklärten: Wir wollen nicht zu Deutschland, wir wollen aber auch nicht in Dänemark einverlebt werden, denn wir sind weder Deutsche noch Dänen, sondern wir sind Schleswiger und wollen Schleswiger bleiben. 1920 glaubte man sich unter dem Schutz des Versailler Vertrages über dieses Befreiungsziel hinwegsetzen zu können. Jetzt aber greifen es dieselben Kreise, die damals für Dänemark stimmten, wieder auf und betonen im Gegensatz zu Kopenhagen ihr Schleswigertum.

Nordschleswig gehört eben trotz plattdeutscher Sprache nicht in den dänischen Kulturreis hinzu. Das weiß man auch in Dänemark sehr gut, trotzdem gibt man die Versuche, die volklichen und geistigen Unterschiede durch Aufzwingung der reichsdänischen Kultur auszumerzen, nicht auf, sondern ist gerade neuerdings bemüht, den Schwerpunkt des Kampfes gegen das nordschleswigsche Volkstum auf kulturelle Fragen zu legen. Ein Beispiel dafür ist der Streit, der jetzt in Dänemark um die Errichtung einer zweiten Universität entbrannt ist. Während sich die zu diesem Zweck eingesetzte Kommission noch vor einigen Monaten fast einstimmig (gegen eine Stimme) für Aarhus in Jütland als Universitätsstadt entschied, gewinnt jetzt plötzlich in Dänemark die Ansicht immer mehr Boden, die die Errichtung der Universität in Sonderburg auf Aalen, also in neuverworbenen Gebieten, möchte. In diesen Kampf hat nun auch das Organ der dänischen Studentenschaft eingegriffen, das unbedingt Sonderburg befürwortet, weil Dänemark alle geistigen Waffen aufbieten müsse, „wenn der Kampf um die Behauptung und den Fortschritt der dänischen Kultur in Nordschleswig Aussicht auf Erfolg haben soll.“ Damit ist also wieder einmal zugegeben, daß die dänische Kultur in Nordschleswig nicht bodenständig ist.

Für den Stimmungsumschwung im Lande ist schließlich nicht zuletzt auch die neue Verwaltung entscheidend geworden. Die Dänen haben in Nordschleswig einen gewaltigen Beamtenapparat entfaltet, um das Gebiet gänzlich zu dämmern. Seine Erhaltung ist nur durch Erhebung hoher Steuern möglich. Unter dieser Steuerlast droht das Land aber zusammenzubrechen, da die Bevölkerung angesichts der wirtschaftlichen Krise, zu deren Behebung von Kopenhagen aus trotz aller Hilferufe nichts getan wird, nicht weiß, wie sie diese Lasten aufzubringen soll.

Sie ist es denn in den letzten Tagen dazu gekommen, daß sich Nordschleswig anschickt, sich seine zum Leben notwendigen Rechte zu entziehen. Einflußreiche, dänisch geprägte Landwirte haben eine neue Partei gegründet, deren Name „Slesvigische Bündnis Selbstverwaltung“ ist. Sie will die Selbstverwaltung Nordschleswigs. Nationalpolitisch erklärt sie

sich neutral und sucht auch die deutsche Bevölkerung zur Mitarbeit an der Erreichung ihres Ziels zu gewinnen. U. a. erstrebt sie die Öffnung der Südgrenze für die Einfuhr landwirtschaftlicher Düngemittel, an denen es im Lande fehlt.

Die tiefe Klugheit, die sich als Bilanz fünfjähriger dänischer Herrschaft in Nordschleswig gegenüber Dänemark herausgebildet hat, wird sich auch durch die verstärkt einsetzenden Bestrebungen einer völligen Angleichung an Reichsdänemark nicht überbrücken lassen, sondern eher noch erweitern. Heute ist überall im Lande die Antizipation vorherrschend, daß eine zweite Abstimmung ein ganz anderes Bild ergeben würde. Merkwürdigweise kommen denn auch augenscheinlich aus dänischen Kreisen wiederholte Erklärungen, die besagen, daß die neue Grenze endgültig ist und durch nichts, auch nicht durch eine abermalige Volksentscheidung, geändert werden kann. Dies muß um so mehr verwundern, als bisher von keiner Seite eine solche zweite Abstimmung erwogen oder gar gefordert worden ist. Die Äußerungen sind nur erklärlich, wenn man sie als Symptome der allgemeinen Furcht und Unsicherheit bewertet, die weite Kreise Dänemarks unter dem Eindruck der Vorgänge in Nordschleswig ergriffen haben.

Hat man früher in Nordschleswig die preußische Verwaltung vermisst, so haben die jetzigen Zustände dazu geführt, daß das Volk Vergleiche zwischen einst und jetzt anstellt und dabei zu Ergebnissen kommt, die für Dänemark nicht schmeichelhaft sind. Man sehnt sich nach der alten deutschen Sparsamkeit und Ordnung nicht nur heimlich, sondern ganz offen zurück. Mag Dänemark durch das übertriebene Zurschaustragen der rotweißen Landesfarben noch so sehr bemüht sein, den Fremden, die das Land besuchen, die Zugehörigkeit Nordschleswigs zum Dänestaat zu illustrieren, das alles täuscht heute nicht mehr darüber hinweg, daß die Menschen, die dort wohnen, in Gesinnung, volkstümlicher und kultureller Beziehung keine Reichsdänen sind. Der Erwerb Nordschleswigs bedeutet für die Kopenhagener Regierung eine schwere Belastung. Bisher hat sie an dem „wiedergewonnenen“ Lande keine Freude gehabt, und es ist sehr fraglich, ob es besser werden wird.

Carl Gehrke, Kiel.

Bertrauensvotum für Painlevé.

Paris, 4. November. PAT. Die Deputiertenkammer nahm gestern mit 221 gegen 189 Stimmen folgende Tagesordnung an:

Die Deputiertenkammer nimmt die Regierungserklärung zur Kenntnis und geht, — im Vertrauen, daß die Regierung in vollem Einvernehmen mit der Mehrheit die republikanische Friedenspolitik sowie die finanzielle Sanierungspolitik fortführen wird, — unter Ablehnung sämtlicher Verbesserungsanträge zur Tagesordnung über.“

Damit wurde dem Kabinett Painlevé das Vertrauen ausgesprochen. Bei der Abstimmung über die obige Resolution stimmten die Kommunisten und die Rechte gegen die Resolution. Die Sozialisten enthielten sich der Stimme, dagegen stimmten für die Regierung: die Radikalen, die Sozialradikalen, die Sozial-Republikaner und die radikale Mitte. Außerdem enthielten sich der Stimme mehrere Deputierte vom Zentrum und der Rechten.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat Painlevé die Absicht, Ende dieser oder im Laufe nächster Woche die Finanzgesetzentwürfe der Kammer vorzulegen. Man nimmt an, daß er bei der Abstimmung über die Kredite für Marokko und Syrien eine Mehrheit nicht erzielen wird. Damit wären die Tage des Kabinetts Painlevé schon wieder einmal gezählt. Kammer und Senat haben sich auf Donnerstag verabredet.

Außergewöhnlicher Kriegsrat in Warschau.

Durchführung der Sparsamkeitsaktion. — Nur ein Grabmal für den unbekannten Soldaten.

Warschau, 4. November. PAT. Gestern fand hier unter dem Vorstoß des Kriegsministers, General Sikorski, ein außergewöhnlicher Kriegsrat statt, in dem der Minister die Versammlungen mit der Budgetsituation des Heeres unter Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftslage des Staates, sowie mit der Sparsamkeitsaktion bekannt machte, die auf seinen Befehl mit aller Energie durchgeführt wird. Nach Entgegennahme der Berichte der Korpskommandanten, die aus Anlaß der Feier für den unbekannten Soldaten nach Warschau gekommen waren, fasste der Kriegsrat folgenden Beschuß:

„In Erkenntnis der Notwendigkeit der Herabsetzung des Staatsbudgets und gleichzeitig unter Berücksichtigung des nötigen Minimums der Staatsverteidigung ist der zur außerordentlichen Sitzung zusammengetretene Kriegsrat der Meinung, daß die Reduzierung in entsprechendem Maße alle Gebiete des Staatslebens umfassen muß. Die allgemeine Struktur der Armee gestattet gewaltsame Verringerungen nicht, wenn man nicht die Ergebnisse der mehrjährigen Organisationsarbeit erschüttern will. Der Kriegsrat stellt fest, daß der Grundfaktor einer weitestgehenden Sparfamilie in der Armee bereits durchgeführt ist. Indem der Kriegsrat zur Kenntnis nimmt, daß die Aktion auch weiterhin im Jahre 1925 durchgeführt wird, stellt er weiter fest, daß es für die Militärverwaltung ungeheuer wichtig ist, einen ständigen Plan der Einnahmen und Ausgaben festzulegen, ohne den von einem rationalen Arbeitsprogramm keine Rede sein kann. Indem der Kriegsrat die im Budget für das Jahr 1925 gemachten Einsparungen zur Kenntnis nimmt, die eine materielle Verringerung des Heeresbudgets um 60 Millionen Zloty ergeben, betont der Kriegsrat, daß eine weitere Reduzierung im laufenden Jahre für die Kriegsbereitschaft sehr schädliche Folgen haben würde.“

Zum Schlusse erklärte der Minister, er habe die Überzeugung, daß die vielen Denkmäler und Gedenkstätten, die dem unbekannten Soldaten gewidmet wurden, die Bedeutung dieses einzigen in seiner erhebenden Einfachheit dastehenden Symbols des opferwilligen Kampfes um die Freiheit

des Volkes verringern würden. Die Regierung habe daher auf seinen Antrag beschlossen, ihren Einfluß dahin auszuüben, daß die bisherigen spontan entstandenen Denkmäler zu Ehren des unbekannten Soldaten entsprechend verändert werden. Es sollen auf ihnen die Namen der Helden aus der betreffenden Ortschaft eingemeißelt werden, die entweder in den politischen Formationen und in der Nationalarmee oder noch in den Armeen der Teilungsmächte während des Krieges gefallen sind.

Angriffe gegen Grabski.

Über einen bezeichnenden und tief bedauerlichen Zwischenfall in der letzten Sitzung des vereinigten Finanz- und Wirtschaftsausschusses (am 29. Oktober) berichtet der Warschauer Berichterstatter der in Bielski erscheinenden „Schlesischen Zeitung“:

Eine bemerkenswerte Rede hielt Abg. Wierzbicki (Nationaler Volksverband), der an die Ausführungen der Abgeordneten Bielski und Michalski über den Stand des Devisenvorrates der polnischen Bank anknüpfte. Der Redner erklärte, der Goldvorrat der polnischen Bank belasse sich gegenwärtig auf 80,5 Millionen Zloty, im Auslande sind 51,6 Millionen Zloty deponiert, davon sind 25 Millionen Zloty durch Interventionskredite belastet. Der Netto-Goldvorrat der Bank beträgt somit 107,1 Millionen Zloty. Der Bruttodevisenvorrat der Bank beläuft sich auf 62,9 Mill. fl. Dieser Vorrat ist jedoch durch Verbindlichkeiten in auswärtigen Devisen in Höhe von 18,1 Millionen und durch Reportverbindlichkeiten in Höhe von 34,9 Millionen Zloty belastet. Insgesamt betragen die Verbindlichkeiten der Bank in Devisen und Valuten 53 Millionen Zloty, sodass der Netto-Devisen- und Valutenvorrat der Bank nurmehr 9 Millionen Zloty beträgt. Zusammengekommen beträgt der Gold- und Devisenvorrat der Bank netto 116,1 Millionen Zloty. Der Banknotenumlauf betrug am 20. Oktober 370,5 Millionen Zloty.

Bei der Berechnung des Deckungsprozentsatzes muß von diesem Banknotenumlauf nach der Gegenwert der Reportverbindlichkeiten der Bank im Betrage von 34,9 Millionen Zloty abgezogen werden, denn in dem Moment, in dem die polnische Bank ihre Reportverbindlichkeiten auszahlt, kehren zu ihr auch die Außenstände in Zloty zurück. Weiter muss von dem Gesamtdeckungsprozentsatz auf den Gegenwert der durch die Intervention aufgekauften Zlotibeträge abgezogen werden. Wenn man somit von dem Gesamtdeckungsprozentsatz der durch die Intervention aufgekauften Zlotibeträge abzieht, erhält man einen Deckungsprozentsatz von 37,4 Prozent. Selbst wenn der gesamte in das Ausland deponierte Goldvorrat verpfändet wird, würde sich das Deckungsverhältnis immer noch auf 31,5 Prozent stellen, während die gesetzliche Mindestgrenze 30 Prozent beträgt.

Der Redner wendet sich sodann gegen die Auffassung, daß das Aktienkapital zur Hälfte aufgezehrt sei. Unter den Aktiven der Bank finden wir Gold und Devisen im Gesamtbetrag von 115 Millionen Zloty. Wenn somit die polnische Bank heute liquidieren würde, könnte sie ihr ganzes Aktienkapital zurückzahlen und hätte noch immer 15 Millionen Zloty, die zur Zurückstellung derjenigen Verbindlichkeiten verwendet werden könnten, die nicht durch Aktiven gedeckt sind. Der niedrige Kurs der Aktien der polnischen Bank ist somit nicht auf das niedrige Deckungsverhältnis, sondern auf die ungeheure Kreditnotiz zurückzuführen. Bei einem gewöhnlichen Einsatz von 5 Prozent monatlich ist die Verzinsung, die die Aktien der polnischen Bank abwerfen, naturgemäß sehr gering und dies ist die unmittelbare Ursache für die Depression der Aktien der polnischen Bank.

Der Redner erklärte, er habe es für seine Pflicht erachtet, diese Erklärung abzugeben, denn es sei in dem gegenwärtig äußerst kritischen Moment ein nicht wieder aufzumachender Fehler, wenn man die Werte, über die man noch verfügt, unterschätzt.

Als nächster Redner ergriff unter allgemeiner Aufmerksamkeit Abg. Grusza (Piastra) das Wort, der sich in eine heftige Polemik mit dem Abg. Wierzbicki einließ. Der Redner erklärte, daß selbst Herr Wierzbicki angegeben habe, die Kleingeldemission und die weitere Emision von Schatzscheinen könne Polen unmöglich noch weitere sechs Wochen über Wasser erhalten. Vor jenen Wochen ist jedoch mit dem Abschluß der Anleiheverhandlungen nicht zu rechnen, ja es ist sehr möglich, daß sich die Anleiheverhandlungen überhaupt zerschlagen. Und was wird weiter sein? Man darf der Bevölkerung die Wahrheit nicht vorenthalten und wenn man gezwungen ist, zu außerordentlichen Rettungsmaßnahmen seine Zuflucht zu nehmen, so muß man auch den Mut haben, offen zu erklären, warum das geschieht.

Der Redner greift in heftiger Weise die Leitung der polnischen Bank an, da sich diese durch ihre einseitig gefärbten Berichte in hohem Maße an der Irreführung der öffentlichen Meinung mitschuldig gemacht habe. (Wer hat nun recht: Wierzbicki oder: Grusza, Bielski und Michalski? D. R.)

Abg. Grusza erklärt sich ferner gegen die Erhöhung des Umlaufes an Schatzscheinen und von Kleingeldscheinen, da auf diese Weise nur der Inflationsweg beschritten werde. Zum Schlusse stellt der Redner an den Finanzminister folgende drei Fragen:

1. Wie hoch sind die Einnahmen des Staates in den beiden ersten Oktoberdefaden?
2. Sind die Kassenvorräte des Finanzministeriums genügend groß, um die Auszahlung der Gehälter am 1. November zu sichern? Die bisherigen Berichte des Finanzministeriums haben daran berechtigte Zweifel hervorgerufen.
3. Welches ist der Inhalt des Birkulars des Finanzministeriums vom 17. Oktober, in dem alle Behörden angewiesen werden, die Sachausgaben unverzüglich einzustellen und alle Geldvorräte für die Auszahlung der Gehälter am 1. November zurückzuhalten.

Die Sitzung wurde daraufhin für einige Stunden unterbrochen.

Gleich am Beginne der Nachmittagssitzung

kam es zu einer überaus stürmischen Szene zwischen dem Abg. Byrka und dem Ministerpräsidenten Grabbski. Ministerpräsident Grabbski meldete sich nämlich nach der Eröffnung der Sitzung zum Wort, um auf die von dem Abg. Grabska gestellten Fragen zu antworten. Der Ministerpräsident gab zu, daß er tatsächlich am 17. Oktober ein Befehl erlassen habe, in dem die Einstellung aller Sachausgaben angeordnet wird. Der Ministerpräsident motiviert diesen Schritt der Regierung wie folgt: Seit dem ersten Moment der Kabinettsskriebe hörte die Bevölkerung aus Steuern zu zahlen. Der Ministerpräsident mußte somit veranlassen, daß alle Ausgaben für Sachleistungen sistiert werden, um die Auszahlung der Gehälter pünktlich durchführen zu können. Nach der letzten Freitagabstimmung im Sejm und der Beendigung der Kabinettsskriebe begannen die Steuern wieder reicher zu fließen, so daß die Befürchtungen, daß die Gehälter am 1. November nicht ausgezahlt werden können, unbegründet sind.

In diesem Moment springt Abg. Byrka auf, schlägt mehrmals mit der Faust auf den Tisch und schreit in grenzenloser Wut: "Das ist unerhört, daß der Chef der Regierung im Sejm ausschüßt solche Erklärungen abgibt. Die ganze Bevölkerung hat somit nur auf den Zeitpunkt gewartet, an dem Sie weiter am Ruder gelassen werden und erst dann, als es bekannt war, daß Sie weiterhin Ministerpräsident bleiben, wurden wieder Steuern gezahlt? Was stellen Sie sich vor? Glauben Sie wirklich, daß Sie dieser überirdische Mensch sind, dem allein Steuern gezahlt werden, während Sie dem Staat verweigert werden? Ihre Bevölkerung, die sich auf keine Beweise stützt, ist ein leeres Wortgedrechs und überdies eine Lüge. Wie kann man innerhalb von vier Tagen konstatieren, daß die Steuereingänge sich gehoben haben? In Wirklichkeit stellt sich die Situation anders dar. Die Regierung und der Ministerpräsident waren in Angst um ihre Position und da haben Sie auf die Bevölkerung einen Druck ausüben wollen und haben die Einstellung der Sachausgaben veranlaßt."

Diese Erklärung des Abg. Byrka, die in einem schreienden Tone abgegeben wurde, machte auf die Versammelten einen deprimierenden Eindruck. Alles blieb auf den Ministerpräsidenten und marzierte gespannt der Dinge, die kommen sollten. Der Ministerpräsident zog es jedoch vor, sich völlig auszuschieben, so daß der Vorsitzende nach einer Verlegenheitspause die Fortführung der Debatte anordnete. Es wurde sodann zur detaillierten Debatte übergegangen.

Optantenfrage und Handelsvertrag.

Die Voranzeigungen auf polnischer Seite.

Der „Öln. Blg.“ wird von ihrem Warschauer Berichterstatter geschrieben:

Die Vorgeschichte des polnischen Vertrags auf die weitere Ausweisung der deutschen Optanten, insoweit diese Vorgeschichte in Locarno und in Berlin spielte, dürfte von dorther sich besser aufschellen lassen als von hier aus. In die Lage hier in Warschau hat die Erklärung des polnischen Ministers des Äußern an den deutschen Gesandten am 28. v. M. fast unvorbereitet eingriffen. Die Zeitumstände waren eigentlich. Das Kabinett Grabbski stand noch vor der entscheidenden Abstimmung, die erst am Freitagabend (28. Oktober) erfolgte. Es war zwar bereits, nach dem letzten Abreden, darauf zu rechnen, daß eine knappe Mehrheit für Grabbski zu stande kommen würde. Immerhin war das Hineinbringen eines neuen Gegenstandes, der Meinungsverschiedenheiten hervorrufen könnte, bedenklich. Unter diesen Umständen beweist es Entscheidtheit im Vorgehen des Ministers Skrabski, daß es ihm genügte, sich der Zustimmung des Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern für den Ausgleich in der Optantenfrage zu versichern, um seine bekannte Fassung an den deutschen Gesandten mit dem Einverständnis zu sofortiger Bekanntgabe zu machen.

Das Einsprüche erfolgen würden, war von vornherein klar. Zwei nationaldemokratische Abgeordnete brachten sie noch am selben Abend bei Grabbski vor, und wenn man der „Gazeta Poranna Warszawska“ glauben kann, so trat Grabbski ihnen gegenüber einen gewissen Rückzug an. Auch die halbamtliche Erklärung, die tags darauf in der Presse erschien, suchte abzuschwächen und sprach von einer Maßnahme „bis zur weiteren Entscheidung der Regierung“. Bei der Beurteilung dieser Unstimmigkeiten muß man in Betracht ziehen, daß die Lage der Regierung natürlich schwierig ist. Ohne die Stimmen der Nationaldemokratischen Partei befände sie sich nicht an ihrem Platz. Dieser Partei wiederum aber stehen der Westmarkenverein und andere heimatliche Elemente besonders nahe. Den durch Rücksichten aufs Ausland notwendigen Beschluss nun auch im Innern durchzusehen, ist, wie vorauszusehen war, jetzt eine Aufgabe für sich. Sicher Zweifel steht aber wohl, daß überhaupt keine Regierung bei der gegenwärtigen internationalen Lage das gebotene Wort zurücknehmen, den östanten Schritt anzutun, das Friedensangebot umdeutnen könnte. Es genügt wohl, zur Stütze dieser Behauptungen darauf hinzuweisen, daß die heutige Presse meldet, der Botschafter der Bank Polski, Mlynarski, reiste abermals zu Anleiheverhandlungen nach Amerika.

In engerster Verbindung steht die angekündigte Bekanntgabe des Optantenstreits aber auch noch damit, daß nun mehr der oft angesetzte Wiederbeginn der Handelsvertragsverhandlungen tatsächlich nahegebracht ist. Wäre am 1. November wieder eine Optantewelle über die Grenze geschickt worden, so hätte das natürlich die psychologischen Voranzeigungen von vornherein verdorben. Dem wenigsten ist nun vorgeboren.

Damit aber — das ist nicht zu vergessen — stünden wir immerhin erst an des Weges Anfang. Man darf zwar vielleicht als einen weiteren, günstigen Umstand anführen, daß ein unlängst im „Kurjer Poranny“ erschienener Aufsatz, der das Niederlassungsrecht und auch die Quidaufinselfrage für nicht unüberwindliche Schwierigkeiten erklärt, sich als mit der Ansicht der polnischen Handelsabordnung übereinstimmend erweist. Das Schreckbild von der deutschen Massenrückwanderung infolge des Handelsniederlassungsrechts bekamt zu schwinden, und Verhandlungen über die Konsolidationsfragen stehen bevor. Aber, wie gesagt, treten diese außenwirtschaftlichen Hindernisse beiseite, dann steht man ja überhaupt erst vor den eigentlichen Schwierigkeiten, um die es geht. Dabei besteht vorläufig auf polnischer Seite selber noch keine Einigkeit über die grundsätzliche Kursslösung der Außenhandelspolitik. Es ist kennzeichnend, daß über die positiven Programmziele der wirtschaftspolitischen Vorschläge Grabbskis in der einwöchigen allgemeinen Aussprache im Sejm so gut wie gar nicht gesprochen worden ist. Grabbski kündigte seinerzeit, wie erinnerlich, den Übergang zu einem verstärkten Schutzpol an. Wie soll denn aber dieser nun tatsächlich in Tarifpositionen und Ein- und Ausfuhrregelungsvorschriften aussehen? Der Ministerrat berät seit zwei Tagen über die ihm vorgelegte Neufassung des Tarifs. Diese Beratungen dürfen in dieser Woche fortsetzen. Wie werden die Sejmausschüsse, die demnächst über den gesamten

Wirtschaftspläne erst zu beraten beginnen, hierzu Stellung nehmen? Auch das ist natürlich von Bedeutung. Denn noch auch die polnische Abordnung zunächst nur Weisungen der Regierung erhalten, so bleibt in ihrem Rücken eine Unsicherheit, solange die Grundfragen der Wirtschaftspolitik noch im Mittelpunkt der Kämpfe stehen. Das ist aber gerade in den nächsten Wochen zu gewärtigen.

Man sieht also, der deutsch-polnische Handelsvertrag gleicht noch einem Schiff, das fern vom Hafen ist. Nur so viel wird sich daher gegenwärtig sagen lassen, daß während man zeitweise sich geradezu vom Lande zu entfernen schien, man nunmehr wenigstens wieder Richtung darauf hält.

Französische Gerichtsurteile.

Ein französisches Kriegsgericht verurteilte einen Kapellmeister eines Rheindampfers in Abwesenheit zu drei Jahren Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe wegen Spielens des Deutschlandliedes beim Verlassen der Stadt Koblenz.

Kaiserslautern, 2. November. Das französische Militärgericht verurteilte den hiesigen Hotelbesitzer Bez wegen Ungehorsams gegen einen militärischen Befehl und wegen beleidigender Haltung gegenüber französischen Offizieren zu 250 Mark Geldstrafe. Durch den städtischen Volksrichter war dem Wirt telefonisch auf Befehl der französischen Wohnungskommission mitgeteilt worden, für den 2. und 3. September zwei Zimmer für Offiziere bereitzuhalten. Da der Wirt die Bestellung nicht persönlich entgegengenommen hatte, war infolge eines Missverständnisses die Bereitstellung nur für den 2. September erfolgt, für den 3. September aber unterblieben. Das französische Wohnumsamt bestand jedoch darauf, daß die am 3. September eintreffenden Offiziere im Hotel untergebracht werden müßten, und als Bez sich weigerte, seine Gäste aus dem Hause zu weisen, riefen die Offiziere zwei französische Gendarmen herbei, die die Räumung durchführten. Der Staatsanwalt hatte gegen Bez für beide Personen insgesamt 34 Tage Gefängnis und 400 Mark Geldstrafe beantragt.

Ein Staatsanwalt meint Unterschlagungen verhaftet.

Aus Wilna wird berichtet, daß der dortige Staatsanwalt des Bezirksgerichts, Witold Hureczyn, am Sonnabend in aller Stille verhaftet wurde. Er wurde im Untersuchungsgefängnis an der Stefanstraße untergebracht. Gestern erst teilte der Oberstaatsanwalt des Gerichts mit, daß die Verhaftung im Einverständnis mit dem Justizminister Bucholski erfolte, und zwar infolge Unterschlagung der von vornherein vereinbarten Gerichtsgelder in Höhe von 30 000 zł. Die Untersuchung führt der Untersuchungsrichter für besondere Angelegenheiten Sobzillo.

Staatsanwalt Hureczyn war in der Stadt bekannt, da er, besonders in der letzten Zeit, über seine Vermögensverhältnisse hinweg lebte. Er erklärte diesen Reichtum damit, daß er von seinem Gute in Bessarabien Gelder erhalten habe. Die polnische Regierung hat bei der rumänischen Schritte unternommen, um die defraudierten Gelder durch das Vermögen des Staatsanwalts in Bessarabien sicherzustellen.

Republik Polen.

Paderewski.

Der erste polnische Ministerpräsident, Ignacy Paderewski, ist am Donnerstag, 29. Oktober, nach den Vereinigten Staaten abgereist. Er ist eingeladen worden, in verschiedenen Städten von Nordamerika Konzerte zu geben. Von dem abreisenden Maestro nahmen auf dem Bahnhofe die Vertreter der Musikwelt, der Kritik und zahlreiche Freunde Abschied.

Deutsches Reich.

Deutschlands Vertreter im Völkerbundrat.

Anlässlich der in Paris stattgehabten Völkerbundtagung wurde in diplomatischen Kreisen darüber gesprochen, welche Persönlichkeit das Deutsche Reich nach seinem Eintritt in den Völkerbund als Hauptdelegierten nach Genf senden werde. Ein leitender englischer Staatsmann meinte, daß man sich über den Namen dieser wichtigen Persönlichkeit in Berlin bereits geeinigt habe, und nannte Herrn von Kühlmann, der bei Ausbruch des Krieges Botschaftsrat in London und späterhin Außenminister war.

Vor der Abberufung des Runtius Pacelli.

Für das jetzt auf Anfang Dezember festgesetzte Konzilium werden umfangreiche Veränderungen in der vatikanischen Diplomatie angekündigt. Mons. Cereetti in Paris und Mons. Pacelli in Berlin werden zu Kardinälen ernannt und kehren daher in die Kurie zurück. Als neuer Runtius in Berlin ist Mons. Pizzardo, der Stellvertreter des Kardinalstaatssekretärs, genannt und für die vatikanische Vertretung in Paris Mons. Marmaggi, früherer Runtius in Prag oder der Runtius von Warschau, Mons. Lauri.

Amundsen und die Deutschen.

Der Begleiter Amundsons auf seinem Polfluge, Leutnant Riiser-Larsen, der mit Amundsen auch in Prag war, hat seine Vortragsreise in Deutschland abgebrochen und ist nach Oslo (Christiania) zurückgekehrt. In einem Telegramm an die „Tidens Tegn“ äußert sich Riiser-Larsen über seine Reise folgendermaßen:

"Bilate von angeblichen Aussprüchen Amundsons über Deutschland während des Krieges und seine Zurückwendung der deutschen Orden haben große Indignation hervorgerufen. Die Presse wie auch das Publikum haben meine Vorträge boykottiert. Dies war besonders in konservativen Kreisen auffallend. Unsere Expedition wird auch als Konkurrenzunternehmen gegen die Expeditions betrachtet und man drückt sein Enttäuschen darüber aus, daß für die Expedition in Deutschland Geldmittel gesucht werden. Aus diesem Anlaß habe ich es für richtig gefunden, alle weiteren Vorträge in Deutschland abzubrechen. Riiser-Larsen."

Aus anderen Ländern.

Chamberlain — Ritter des Hosenbandordens.

Chamberlain hat in Würdigung seiner Verdienste um das Zustandekommen des Werkes von Locarno vom englischen König den Hosenbandorden verliehen erhalten.

Niedergebort.

Als der König und die Königin von England den Bahnhof in London betreten, um nach Begrüßung des von seiner Weltreise zurückgekehrten Prinzen von Wales sich nach Sandringham zu begeben, rief ein in der

ersten Reihe des Publikums stehender Kommunist, so laut er nur konnte: „Es lebe die kommunistische Partei!“

Die Umstehenden, meistens Arbeiter, boxten den Außerortlos, aber unneuerlich wirkend nieder, und verletzten ihn nicht unbedenklich.

Ein faschistischer Katechismus.

Ganz nach dem Muster des famosen polnischen Westmarkenvereins, doch mit etwas größerer ethnographischer Berechtigung, gibt die faschistische Partei Italiens unter ausdrücklicher Genehmigung Mussolinis einen Katechismus heraus, der in dem üblichen Frage- und Antwortspiel die politischen Analphabeten des Faschismus unterrichten soll. In diesem Katechismus befindet sich folgende Frage: Ist die ganze Oberfläche Italiens in unserem Besitz? Antwort: Nein, wir müssen noch haben von Frankreich Apulien und Rizza, von England Malta, von der Schweiz den Kanton Tessin und Teile Graubündens, von Südalien Dalmatien. Hauptsächlich gibt man dann auch den Deutschen das ohne Volksabstimmung genommene deutsche Südtirol zurück! In diesem Punkte aber pflegt die Herren Faschisten und ihre Gefüllgen in anderen Ländern jede Logik zu verlassen.

In Frankreich wurde dieser Tag unter der Führung Millerands eine neue Partei gegründet, die nichts anderes sein dürfte als eine französische faschistische Organisation. Hervor hat sich mit seiner „Victoire“ diesen Republikanern der Autorität zur Verfügung gestellt.

Kämpfe in Holländisch-Indien.

Aus Batavia wird gemeldet, daß vier Kompanien holländischer Kolonialtruppen bei der Landung in Batavia — Aljchin von Atschinen überfallen wurden. Es entpann sich ein Feuergefecht, in dem vierzehn Atschinen getötet wurden. Die Holländer verloren einen Toten und sieben Verwundete, darunter einen Kapitän und einen europäischen Sergeanten. Gegen die Atschinen ist eine Strafexpedition ausgesandt worden.

Esperanto-Briefmarken in Russland.

In Russland gelangen neue Briefmarken im Wert von 7 und 14 Kopeken zur Ausgabe. In Anbetracht dessen, daß angeblich vor dreißig Jahren der russische Gelehrte Popow die drahtlose Telegraphie entdeckt hat, tragen die Marken sein Bild in russischer Sprache und in Esperanto die Aufschrift „Der Entdecker des Radio Popow.“

Die Stadt auf dem Meeresgrund.

Entdeckung einer versunkenen Stadt auf dem Boden des Kaspiischen Meeres.

Wie die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion erfährt, entdeckte ein Handelsdampfer der Sowjetunion, der auf dem Wege von Persien nach Baku seinen gewöhnlichen Kurs änderte, auf dem Meeressgrund in der Nähe der Halbinsel Schachowa eine alte römische Stadt. Anfolge des ruhigen Wetters waren die Straßen und Gebäude von altasiatischer Architektur deutlich erkennbar. In der Nähe dieser neu entdeckten unterseeischen Ruinen, die vielleicht Überreste der sagenhaften Stadt Charabascheg sind, fand man eine auf dem Meeresgrund sichtbare Straße, die bis zur Festung Baku führt. Die vorläufigen Vermüllungen der Gelehrten gehen dahin, daß die Stadt auf dem Meeresgrund infolge von Erdbeben, die die Stadt auf dem Meeresgrund in der Nähe von Baku führt. Die vorläufigen Vermüllungen der Gelehrten gehen dahin, daß die Stadt auf dem Meeresgrund infolge von Erdbeben, die die Stadt auf dem Meeresgrund in der Nähe von Baku führt.

Die Sagen fast aller Völker wissen von versunkenen Städten zu berichten, die auf dem Meeresboden den ewigen Schlaf schlafen. Eins der berühmtesten Beispiele ist die sagenumwobene Stadt Vineta ein wendischer Handelsplatz auf der Insel Wollin, die im 10. und 11. Jahrhundert blühte. Nach einer weit verbreiteten Sage, die auch dichterisch viel behandelt worden ist, soll die Stadt Vineta durch ein Erdbeben oder durch eine Sturmflut untergegangen sein und die Trümmer seien auf dem Meeresboden an der Küste von Usedom zu sehen. Man ist der Sage nachgegangen und hat bisher Untersuchungen angestellt, die allerdings keinerlei Ergebnisse hatten.

Auch andere Völker haben alte Erzählungen von versunkenen Städten, die auf dem Meeresboden ruhen. Sturmfluten oder Erdbeben oder versinkendes Land dürften die Ursachen dieser Mitteilungen sein, denn die wissenschaftlichen Vorauflösungen für das Vorhandensein derartiger Städte sind dadurch gegeben, daß wir die Senkung von Meeresküsten im Laufe der Jahrtausende mehrfach festgestellt haben. Es wurden sowohl Senkungen an der Küste Italiens wie an der Nord- und Ostseeküste durch Messungen wahrgenommen und man steht auf dem Standpunkt, daß in regelmäßigen Abständen diese Senkungen und Hebungen der Küsten abwechseln vor sich gehen; denn ebenso wie die Senkungen festgestellt wurden, kann man natürlich auch an den verschiedenen Küsten Hebungen der Küste konstatieren. Der Kontinent ist eben nicht eine dauernd ruhige Masse, die sich niemals in irgendeiner Weise bewegt, sondern, abgesehen von den Bewegungen, die Professor Wegener festgestellt hat und die sich auf Wanderungen der Erdteile beziehen, wandert gewissermaßen der Kontinent auf der feuerflüssigen Unterlage ständig auf und ab, so daß bald eine Küste sinkt, während die entsprechende sich hebt und umgekehrt. Es sind also für das Vorkommen derartiger Senkungen von Städten nicht durchaus Erdbeben notwendig, durch die die Städte versunken sein sollen, obwohl Versenkungen von solch großem Umfang, daß ganze Städte dabei verschwinden, bisher noch nicht wahrgenommen worden sind.

Immerhin muß man aber der Nachricht der russischen Telegraphen-Agentur mit Vorsicht begegnen, da es erstaunlich ist, daß bisher noch keinerlei Kunde von dieser verunklarten Stadt die Wissenschaft erhalten hat. Es besteht die Möglichkeit, daß die Besetzung des Handelschiffes durch eine bloße Urfärgelung oder andere sonderbare Umstände getäuscht worden ist. Sollte sich die Meldung doch bewahrheit, so dürften eingehende Forschungen nach der versunkenen Stadt unser Wissen um die Geschichte der Länder am Kaspiischen Meer bedeutend bereichern.

Rundschau des Staatsbürgers.

Zur Liquidation bestimmt

sind laut „Monitor Polski“ Nr. 249—254 — vom 27. Oktober bis 2. November — nachstehende Liegenschaften: Grundstück in Posen, ul. 27. Grudnia Nr. 15, Bes. Arnold Oberst; Ansiedlung Polaka-Wies, Kr. Gnesen, Bes. Gustav Lüsche; Rentenanstalt Brudzewo Nr. 16, Kreis Gnesen, Bes. Sofie Simon geb. Pohlmann; desgl. Karzowice Nr. 14, Kreis Gnesen, Bes. Ludwig Rieger; desgl. Mirowice Nr. 28, Kreis Bromberg, Bes. August Neumann; Grundstück in Graudenz, Bes. Willy Marx; Grundstück in Sierakowo, Kreis Kamisch, Bes. Heinrich Wagner; Molkereigrundstück in Goliszewo, Kreis Posen, Bes. Milchwirtschaftsgenossenschaft.

Bromberg, Donnerstag den 5. November 1925.

Pommerellen.

4. November.

Graudenz (Grudziadz).

d. In Sachen der Vermögensstener wird der Haus- und Grundbesitzerverein demnächst noch eine Versammlung veranstalten. Vom Finanzamt sind denjenigen Steuerzahler, die entsprechenden Antrag stellten, die Unterlagen für ihre Veranlagung zugestellt worden. Es ist daraus zu ersehen, daß manche Berechnungen unhaltbar sind. So sind z. B. bedeutende Hypothekenlasten in manchen Fällen nur mit wenigen Zloty in Abrechnung gebracht worden. Bei anderen Steuerzahler wurden Schulden in Höhe von tausenden Zloty nicht berücksichtigt. Der Hausbesitzerverein beabsichtigt, eine Eingabe an den Sejm zu richten unter Hinweis auf Mängel des Gesetzes. Den einzelnen Veranlagten wird empfohlen, gegen die Veranlagung auf dem Instanzenweg zu reklamieren.

A. Von der Weichsel. Unterhalb Boesslershöhe (Stremocin) liegen auf der Weichsel noch große Holzflöze, der Firma Schulz gehörig. Im Hafen wird seit Wochen angestrengt gearbeitet, die Klöbe übereinander aufzuschichten und für weitere Stämme Platz zu schaffen. Das Sägewerk ist mit Schnittmaterial auf längere Zeit versorgt, und so ist nicht zu befürchten, daß es zu Arbeitsseinschränkungen kommen werde, wie es bereits der Fall war.

e. Der Haushandel nimmt in der Stadt stark zu. Besonders viel werden Teppiche und Webstoffe auf den Straßen und in den Häusern angeboten. Öster durchziehen auch Zigeuner mit Pfannen und Kesseln die Straßen. Neuerdings bemerkt man häufig Personen, die eingerahmte Bilder, meist Heiligenbilder, und solche kirchlichen Charakters in den Häusern anbieten. Den offenen Ladengeschäften wird durch solchen starken Haushandel eine schwere Konkurrenz gemacht.

d. Das städtische Anschubgleis nach dem Viehhof wird von der Stadt stark benutzt. Die Stadt lagert auf dem Kämmereihof neben dem Viehhof bedeutende Vorräte an Brennstoffen, Kohlen und Holz. Früher mußten diese vom Bahnhof angefahren werden; jetzt werden die beladenen Bahnwagen auf das Gleis geschoben und die Kohlen entladen.

d. Wartebänke. An verschiedenen Haltestellen der Straßenbahn wurden neuerdings Bänke für die Wartenden aufgestellt.

* Ein schwerer Zusammenstoß zwischen der Straßenbahn und einem Auto ereignete sich am Montag abend gegen 7 Uhr in der Marienwerderstraße (ul. Wybickiego). Der Straßenbahnwagen fuhr dem Auto mit ganzer Kraft in die Seite. Das Auto wurde schwer beschädigt und die vier Insassen trugen Verletzungen durch Glassplitter davon und wurden ins Krankenhaus gebracht. Die Schuld an der Kollision dürfte den Chaffens treffen.

* Ein Opfer seines Leichtsinnes wurde am Sonnabend im Hause Oberbergstraße (Radgórna) 23 der Schuhmacher Burawski. Er zeigte seiner Schwester einen geladenen Revolver; als diese angesichts der Waffe Furcht äußerte, nahm z. aus der Trommel die Patronen heraus und weiter mit der Schwester scherzend, legte er den Lauf des Revolvers an die Stirn. Auf die Bitte der Schwester, doch mit dem gefährlichen Spiel aufzuhören, lachte z. und sagte: „Jetzt werde ich dir mal zeigen, wie man Selbstmord begeht“ und drückte ab. Es krachte ein Schuß; eine zweifellos zurückgeliebene Patrone durchbohrte den Leichtfertigen den Schädel. In hoffnungslosem Zustande wurde er ins städtische Krankenhaus gebracht.

Thorn (Toruń).

—dt. Aus Sparmaßnahmen wurde ein früherer Beschuß der Stadtverordneten, betr. Anstellung eines Stenographen für die Sitzungen, neuerdings aufgehoben.

—dt. Friedhofsverweiterung. Auf Antrag des Kirchenrates der Jakobskirchengemeinde wurde ein Teil der

Schlachthausstraße, der infolge des Baues einer geraden Chaussee frei wurde, zur Vergrößerung des Neustädtischen Friedhofes der Jakobskirchengemeinde überlassen. **

† Thorner Marktbericht. Auf dem Dienstag-Wochenmarkt wurden für Butter und Eier erhöhte Preise gefordert. Der Butterpreis schwankte zwischen 2 und 2,20; Eier kosteten durchschnittlich 3,20 und 3,30. Äpfel waren so stark angeboten, daß der größte Teil wieder nach Hause zurückgenommen werden mußte. Die Gemüsepreise waren fast unverändert, desgleichen die Geflügelpreise. Hasen wurden mit 8 bis 5 das Stück angeboten. Der Fischmarkt brachte Rechte zu 1,40 bis 1,50, außerdem geringe Vorräte an Schleie zu 1,80, Quabben zu 1,50 und Weißfische zu 40 bis 60 gr. Großes Angebot herrschte wieder in Grabfischmuck. **

—dt. Ein größerer Zigeunertrupp hat sich mit mehreren Wagen und drei Zelten im Garten des Restaurants „Concordia“ (Bürgergarten) häuslich niedergelassen, und, wie verlautet, das betr. Gelände zeitweise gepachtet. In den Zelten befinden sich Zelbschmieden, in denen Kupferkessel und dgl. repariert werden. **

—dt. Jäger Tod. Am Sonnabend suchte der Landwirt Stanke aus dem Kreise Culm mit seinem 14jährigen schwerkranken Sohne einen hiesigen Arzt auf. Als sich beide nach beendeter Untersuchung auf die Straße begaben, stürzte der Knabe auf dem Neustädtischen Markt plötzlich nieder und war sofort tot. **

—dt. Selbstmord durch Erschießen verübte der 18jährige Handlungshelfer Eduard Biolkowski in seiner Wohnung ul. Stroma (Moder). Mehrere auf den Schuß hin herbeigeeilte Hausbewohner fanden den jungen Mann bereits tot vor. Der Grund zur Tat ist noch nicht geklärt. **

—dt. Spurlos verschwunden. Vor nicht langer Zeit verschwand spurlos der Direktor der ehemaligen Westpreuß. Feuerzeugfabrik, und in diesen Tagen ist der Gerichtsvollzieher Bargin, wie das „Sl. Rom.“ berichtet, spurlos verkommanden. Die Kriminalpolizei führt eine Untersuchung in dieser Angelegenheit. **

—dt. Landkreis Thorn, 3. November. Der Kartoffelschreis herrscht in diesem Jahre im Kreise. Die Gemeindesprecher haben daher den Auftrag erhalten, die Kartoffeln zu prüfen und die Bewohner über die Bekämpfung der Krankheit zu belehren. — Durch den Kreislauf sind die Landwirte wieder mal mit einer sogenannten Chausseestrauer bedroht worden. Sie wird nach der Grund- und Patentsteuer erhoben, und zwar für alle Gemeinden, die im Bereich von 2 Kilometern von der Chaussee liegen.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Chelmno.

Am Sonntag, den 22. November 1925, finden die Kreiswahlen statt. Näheres siehe Anzeige. (12706)

Aus der Freistadt Danzig.

* Danzig, 3. November. Ein furchtbarer Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend auf dem Hofe des Guisbeschlers Medelburger in Freienhufen, Kreis Danziger Niederung. Herr M. war in den Vormittagsstunden mit Schrotwaffen beschäftigt. Die Lokomobile wurde von Herrn Post bedient, der als tüchtiger und zuverlässiger Mensch bekannt ist. Herr M. wurde, nachdem er mit P. noch zusammen war, abberufen, und in denselben Augenblick bemerkte Frau M. vom Küchenfenster aus, wie P. von der Lokomobile förmlich in Stücke gerissen wurde. Anscheinend hat P. die Maschine bestiegen, um dort zu über, ist mit den Kleidern in die Kurve geraten und dabei tödlich verunglückt, ehe Hilfe möglich war.

* Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Osserten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlich auf dasselbe beziehen zu wollen.

Steigende Tendenz

der Geburtenziffern in Deutschland und Frankreich.

Die deutsche Bevölkerungsbewegung im zweiten Quartal 1925.

Nach der „Statistischen Korrespondenz“ hielt die Zunahme der Geburtenziffern auch im zweiten Vierteljahr an. Sie betrug fast 1 Promille (gegenüber 0,65 bzw. 0,68 Promille). Der Unterschied gegenüber dem zweiten Vierteljahr von 1913 ist damit nur noch ein geringer. Die Geburtenziffer im zweiten Vierteljahr 1925 übersteigt mit 22,74 Promille die gleichen des Vierteljahrs 1924: 20,96 Promille. Die Sterblichkeit war im zweiten Vierteljahr 1925 ein wenig größer als im zweiten Vierteljahr 1924 (11,79 Promille gegenüber 11,70 Promille). Diese Zunahme ist jedoch möglicherweise nur die Folge der veränderten Rechenmethode. Die Sterblichkeit blieb niedriger als 1913 (14,91 Promille) und sämtlicher anderer Nachkriegsjahre. *

Die französische Bevölkerungsbewegung im ersten und zweiten Quartal 1925.

Nach den vom französischen Arbeitsministerium veröffentlichten Statistiken ergibt sich folgendes vergleichendes Bild der Bevölkerungsbewegung:

	1925	1924
Lebende Geburten	398 563	385 527
Sterbefälle	379 086	381 698
Geburtenüberschüß	19 477	3 829
Heiraten	174 970	178 798
Ehescheidungen	9 632	10 644

Man ist in Locarno sehr gründlich gewesen und ancheinend auch zu einer Übereinstimmung der Grundlagen der deutschen und der französischen Existenz gekommen. Man hat sozusagen den Wiederaufbau Europas in den Windeln begonnen. Der selige Herr Maistius wurde wie ein Gespenst aus Versailles verbannt. Die internationalen Kontrollkommissionen über mittteleuropäische Teiche werden abgeschafft, und die Störche haben wieder Konjunktur.

„Was kann mir das nützen?“ seufzt der griesgrämige Leser, der gerade Zahlungsbefehle und Wechselproteste bündelt. „Sehr richtig, alter Freund, uns beiden kann die Haufe am Standesamt nicht mehr viel nützen. Aber was fragt die Weltgeschichte nach dir und mir? Sie fragt nach den Kindern, nach dem immer neuen Leben, das aus alten Ruinen blüht. Von uns wird nur verlangt, daß wir dem kommenden Geschlecht ein gutes Erbe hinterlassen, ein Erbe, das mehr Wert hat, als gebündelte Zahlungsbefehle und inflationsgefährdet Wertpapiere. Der große Testamentsvollstrecker über unseren irdischen Kram und unsere unvollendeten Versuche zur inneren Verbesserung möchte in unserem Nachlaß finden: ein festes Herz, einen gerechten Sinn und eine Seele, die den vollen Kranz der Freiheit von den Sternen zur Erde zu zwingen vermag.“

Es werden wieder mehr Kinder geboren, alter Freund. Sie zu, daß sie von unserem Geschlecht ein besseres Erbe überkommen, als wir jetzt verwälten müssen!

Kleine Rundschau.

* Im Grabe des Bruders erschlagen. Den Tod im Grabe seines Bruders fand der Kommandatore Sarato, ein höherer Regierungsbaurer, auf dem Friedhof von Messina. Er hatte sich ausdrücklich des Totenfestes zum Grabe seines Bruders begeben. Als er gerade damit beschäftigt war, das Grabkreuz mit Blumen zu schmücken, brach die Marmorplatte, auf der er stand, ein und er stürzte in die Tiefe. Er blieb auf dem Sarge des Bruders liegen, wo ihn ein Stück der herabstürzenden Steinplatte traf und ihn auf der Stelle tötete.

Graudenz.

Ein munteres Mädel angelommen. 12683

Arzt Dr. Lieb u. Frau Luise Grudziadz, 31. Oktober 1925.

Les Bücher: Wissen ist Macht

Günstige Gelegenheit, wertvolle Bücher für den eigenen Bücherschrank zu erwerben.

Vorteilhafte Weihnachtsgeschenke bietet der Verkauf von billigen Büchern in nicht mehr moderner Ausstattung, die im Preise heruntergesetzt sind.

Klassiker:

Chamissé, Freiligrath, Goethe, Grillparzer, Hauff, Hebbel, Heine, Herder, Kerner, Kleist, Körner, Lenau, Lessing, Ludwig, Marlitt, Reuter, Rückert, Scheffel, Schiller, Schnitzler, Shakespeare, Stifter, Strindberg, Uhland, Wildenbruch 12655

mit zl 1.95, 2.35, 2.95, 3.35 den Band.

Literatur-, Geschichts-, Reisewerke Romane, Gedichte Jugend-Schriften ::

mit Groschen 15, 20, 35, 95, 135, 195, 235 usw. so lange der Vorrat reicht.

Ich bitte die Schaukisten zu beachten. Verzeichnisse können nicht abgegeben werden, da es sich meist um einzelne Werke handelt.

Arnold Kriedte, Grudziadz, Mickiewicza 3 Tel. 25.

Restaurant Hotel pod Posta Mickiewicza 27. — Telefon 252

Donnerstag, d. 5. Nov. Wurstessen

Eisbein mit Sauerkohl und Fleisch. Eigene Schlachtung. — Um zahlreich. Besuch bitte höflich. Der Wirt.

Empfehlen täglich frisch geröstete Kaffees, reichste Auswahl in Keks, Schokoladen u. Keksen, Konfitüren, Tee und Kakaos.

Menz & Neubauer, Kaffee-Spezialhaus, Grudziadz, 11637 12628

Tivoli. Donnerstag, d. 5.11.25, abends von 7 Uhr: Kinderbrust, Eisbein, Kinderstiefel, wo zu ergeben einlad. I. Engl.

Thorn.

Frik Strehlau

Torun 11288
Rabianka 4
Telefon 188

empfiehlt sich zur Herstellung von

Klempnerarbeiten sowie Kinnabfallrohren und Dämmern pp.

Vade- u. Klosetteinrichtungen, Kalt- und Warmwasser-Anlagen, Heizungs-Anlagen.

Eigenes Lager in Armaturen,

verzinkt u. schwarzen Röhren, sowie all. Fassonücken.

Reparaturen werden schnell u.

sachgem. ausgefertigt.

Deutsche Wähler!

Da der

Beimabgeordnete Moritz wegen Teilnahme an entscheidungsreichen Sitzungen Marthin in dieser Woche nicht verlassen kann, muß seine für Freitag, den 6. November, angekündigte

Berichterstattungsversammlung verschoben. Ein neuer Termin wird später bekanntgegeben.

Herrschftl. 5-Zimm.-Wohnung

Thorn, Bromberger Vorstadt, bzw. Moder od. Jakobsvorstadt, parterre oder erste Etage, von höherem Beamtengehör geplant. Umzugsentschädigung wird gewährt. Angebote unter G. 2862 an Ann.-Exp. Wallis, Toruń. 12599

Neuenburg.

Die deutschen Frauenvereine in Nowe veranstalten am Sonnabend, den 7. Nov. im Saale des Herrn Borowski ein

Wohltätigkeitsfest bestehend in Konzert, Theateraufführung und Tanz.

Anfang 7^{1/2} Uhr. Eintrittspreis einschließlich Tanz 2 Złoty.

Am Freitag, den 6. November Generalprobe. Eintrittspreis: Erwachsene 50 Gr. Kinder 30 Gr. Anfang 7^{1/2} Uhr.

Der Vorstand.

wie Geschäftsanzeigen, Familienanzeigen, Räume, Verkäufe, Wohnungs-Geleute, Stellenanzeigen, Vereins-Nachrichten, Veranstaltungen von Konzerten, Vorführungen usw. gehören in die

Deutsche Rundschau“

die in allen deutschen Familien des Stadt- und Landkreises Thorn gelesen wird.

Anzeigen nimmt entgegen die Hauptvertriebsstelle der „Deutschen Rundschau“ in Thorn:

Annonsen-Edition, Justus Wallis, Breitestraße 34.

12430

Die Opposition der bäuerlichen Linken.

Rede des Abgeordneten Bryl zum Grabski-Exposé.

Der temperamentvolle Führer der sogenannten Brylgruppe, die sich vor Jahr und Tag aus den radikal gesonnenen Separatisten der Piasten gebildet hat, als deren ungekrönter König Vincent Witos mit den Rechtsparteien liebäugelte, hat am 23. Oktober, d. h. am Vortage der entscheidenden Abstimmung über das Kabinett Grabski eine Philippse gegen die Regierung und das ganze herrschende System gehalten, die weit über die Kreise der polnischen radikalen Bauernschaft hinaus Aufsehen erregen muß. Der Redner hat mit seiner schmungslosen Kritik das Kabinett nicht stützen können, er hat sogar zwei seiner Parteifreunde wieder an Witos abgeben müssen; aber wir wissen alle, daß Grabski und sein Kabinett nicht deshalb gerettet wurden, weil ihnen eine sichere Sejmehrheit vertrauen entgegenbringt, sondern nur deshalb, weil sich keine sichere Oppositionsmehrheit fand, die den Mut und das nötige Verantwortungsgefühl zur Übernahme der Regierung und zur Reform des Regierungssystems aufbrachte.

Die deutsche Wiedergabe der Bryl-Rede soll unsere Leser über die Stellungnahme der bäuerlichen Linken zum Grabski-Kabinett orientieren. Die Einzelheiten der vorgebrachten Klagen vermögen wir nicht zu überprüfen. Sie haben zum Teil örtlichen Charakter — der Redner vertritt einen Wahlkreis Westgaliziens — und wir glauben, daß es im ehemals preußischen Teilgebiet in manchem noch besser bestellt ist. Aber Ansätze zu den dort kritisierten Mißständen sind auch bei uns vorhanden, wie wir durch mannigfache Interpellationen der deutschen Sejmabgeordneten belegen können.

Stimmen, die zur Einkehr und Umkehr mahnen, werden bei allen Nationen und Parteien unseres Staates laut. Wir haben stets warnend betont, daß die Predigten der falschen Propheten, die den Minderheiten Recht, Gut und Heimat rauben wollen, auch auf anderen Gebieten demoralisierend wirken müssen. Wer anderen eine Grube gräßt, fällt selbst hinein!, lehrt ein altes deutsches Sprichwort. Wenn diese historische Wahrheit nicht behagen will, weil sie in deutsche Form gekleidet ist, der möge sich ein Wort Christi zu Herzen nehmen, das nicht nur im positiven Sinne, sondern auch in seiner Umkehrung für alle Menschen, Nationen und Staaten ewige Bedeutung hat. Dieses Bibelwort lautet: Trachtet am ersten nach dem Reiche Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch solches alles zufallen! — Die Schriftsetzung.

1.

Höher Sejm!

Zum drittenmal steht Herr Władysław Grabski vor diesem hohen Hause als Premierminister und verlangt recht sorgfältig die Verstärkung des neuen Budgets für das Jahr 1926 und neue Vollmachten, die er diesmal zur Abschaltung Sanierungsgesetze nennt. Der Herr Premier hat erklärt, daß er daran gedacht habe, abzutreten. Aber er fürchtet, keinen würdigen Nachfolger zu finden, der den Staatswagen aus dem Sumpf hinausziehen könnte, in den ihn gerade die Regierung Grabski hingefahren hat. Die Regierung Grabski muß man anders beurteilen als alle vorhergehenden, denn Herr Grabski regiert schon zweit Jahre. Der Sejm hat Herrn Grabski alles gegeben, was er verlangt hat. Zweimal hat er Herrn Grabski sehr weitgehende Vollmachten, manchmal ohne rechte Überlegung genehmigt, und er hat auch alle Gesetze angenommen, die Herr Grabski forderte.

Die Regierung Grabski hat nicht allein schlechte Seiten, sie hat auch gute. Unzweifelhaft hat Grabski die Goldwährung eingeführt und das Reich aus dem Chaos der Inflation herausgebracht. Im Jahre 1923 hat er das Reich vor Anarchie und vor einer Revolution gerettet. Andererseits ist Herr Grabski aber doch verantwortlich für die schlechte Wirtschaft bei uns, wenigstens zum größten Teil. Unter Grabskis Regierung sind die Verhältnisse nicht besser, sondern von Tag zu Tag schlechter geworden, und sie verschlechtern sich noch ständig. Heute sind wir

das Land des größten Glücks und der größten Arbeitslosigkeit.

Der erste Fehler Grabskis bestand in der Überhäufung der Zahlungsfähigkeit des Volkes. Im Vergleich zu 1923 hat Grabski das Budget verdoppelt und stellt sich vor, daß das Volk zahlen werde; denn es hat ja auch 1924 gezahlt. Gewiß war das in einem Jahre möglich und auch noch ein zweites Jahr ist es irgendwie gegangen, aber im dritten Jahre mußte sich Grabski davon überzeugen, daß die veranschlagte Summe nicht mehr in den Staatskassen steht. Das kleine Geld eingeschlossen, sind bei uns 700 Millionen im Umlauf. Das Budget beträgt über 2 Milliarden, und daher muß jeder Bürger, unzurechnbar die Abgaben für die Selbstverwaltung in Gemeinden, Kreisen und den Wojewodschaften, wenigstens viermal im Jahre sein Geld in die Staatskasse tragen.

An der schwierigen Lage ist ferner die schlechte Finanz-, Wirtschafts- und Zollpolitik Grabskis schuld. Der teure Kredit und der zu geringe Geldumlauf haben die Arbeitswerkstätten ruinieren; sie sind schuld an den vielen Arbeitslosen, an der Verteterung aller Produkte und was damit zusammenhängt: an der Verringerung des Konsums. Und letztere führt wieder zur weiteren Arbeitslosigkeit und der weiteren Schließung von Arbeitswerkstätten. Grabski hat es dahin gebracht, daß in Polen die meisten Arbeitslosen sind, denn außer der riesigen Menge von Arbeitslosen in den Städten, ist noch viel mehr fühlbar die noch größere Arbeitslosigkeit auf dem Lande.

75 Prozent der Einwohner des Staates wohnen auf dem Lande

Und sie haben das Jahr hindurch auch nur jeder etwa zur Hälfte zu tun, denn sie haben keine Gelegenheit zur Arbeit, es fehlt ihnen an Land. Rechnen wir dazu die ungeheure Menge der Arbeitslosen in den Städten, so kann man ruhig behaupten, daß nur die Hälfte der Bürger arbeitet. Wenn das der Fall ist, so kann von einer guten Wirtschaft im Lande nicht die Rede sein. Hilfe sieht Grabski in den neuen Vollmachten. Und der Sejm soll ihm erlauben, diejenigen Staatsobjekte, die für die ausländischen Kapitalisten irgend einen Wert haben, zu versetzen und zu verkaufen. Das dadurch gewonnene Geld soll verwandt werden:

1. zur Wiederbetriebsförderung der Industrie und
2. zur Belebung der Banken.

Immer das alte Lied. Jeder Groschen ist weggegeben wird. Seit der Wiederaufbau der während des Krieges vernichteten Gebäude. Herr Grabski hat von dem Gelde 6 Millionen 260 000 zł für Befreiungen anderer Ressorts verausgabt. Auch bei anderen Ministerien sieht es so aus. Zum Beispiel im Ressort des Kriegsministers. Frühstücke, Diners, besondere Sendungen und Essen, Toaste und verschiedene nationale Feierlichkeiten sollen glänzend aus. Aber wenn Sie sich den Bericht der höchsten Kontrollkammer über die Wirtschaft der Intendantur vornehmen, so sehen Sie, meine Herren, wieder einen einzigen großen Diebstahl, eine einzige Korruption. Auch der Herr Kriegsminister ist nicht auf die Vorstellungen der Kontrollkammer nicht, und das Tragischste dabei ist, daß alle diese Unfähigkeiten straflos bleiben, und die Straflosigkeit regt zu neuen solchen Überstalten an. Ganz anders als der Kriegsminister und der Minister für öffentliche Arbeiten handelt der

Opfer ist, daß die Industrie heute erklärt, sie könne nicht mehr arbeiten und mit dem Auslande konkurrieren, mit einem Wort —

die Industrie ist ruinirt.

Selbst wenn Grabski auch den letzten Groschen noch in die Industrie steckt und diese wieder arbeitet, was dann? Ins Ausland kann sie nicht liefern, denn sie arbeitet zu teuer und zu schlecht, und im Innlande finden sich keine Abnehmer, denn wir sind ruinirt und kein Mensch hat Geld zum Kaufen. Wenn also Grabski der polnischen Industrie die aus dem Ausverkauf erlangten Gelder hingibt, so wird diese einige Wochen arbeiten, ihre Vorratsräume füllen; dann aber ist Schluss. Wir werden dann wieder dieselbe Arbeitslosenzahl haben und es wird gerade so sein wie jetzt. Erst müßte meiner Ansicht nach der innere Markt sanierter werden und dann könnte die Industrie wieder arbeiten. Grabski hat vor allen Dingen das Land ruinirt und auch äußerlich ist den Leuten die schwere Not anzumerken. Meine Herren, in seinem einzigen Dorfe finden Sie heute 20 Blöte, und selbst wenn die gesamten Einwohner ihr ganzes Geld zusammenputzen, ich war dabei, als sich eine ganze Anzahl Bauern wiegen ließ, der Schwerste mög 55 Kilo. Schauen Sie nach bei den Rekrutierungskommissionen, meine Herren, und Sie werden sehen, was für elendes Material sich dort zur Aushebung stellt; in einigen Jahren werden wir nicht mehr gesunde Rekruten haben. Herr Grabski hat das Land ruinirt, indem er alle materiellen Mittel fortnahm, die dort zu finden waren, und schon heute nimmt er Abgaben vom Blute und Leben des Volkes. Auf dem Lande sterben die Leute vor Hunger. Ihr Herren in den Städten habt keinen Begriff, was sich auf dem Lande tut. Das Volk ernährt sich fast ausschließlich von Kartoffeln und Kraut ohne jeglichen Fettzutrieb, sogar ohne Salz. Und Ihr, meine Herren, wollt große Fabriken in Bewegung setzen für diese Hungerleider, die heute keine Konsumanten mehr sind? Ihr wollt ganz Polen ausverkaufen und den Gewinn der Industrie in den Nächten werfen, die nicht ordentlich zu arbeiten verstehen?

Der Sejm soll seine Rechte dem Finanzminister übergeben. Schon nicht mehr der ganzen Regierung, sondern ausschließlich dem Finanzminister.

Wer regiert denn nun heute in Polen? Nicht der Herr Grabski regiert, auch nicht seine Minister, sondern es regiert eben der, wer will. Auf dem Lande der Polizist, in der Staroste ein lächerlicher Beamter oder der Herr Starost und in den Ministerien regieren — verschiedene Cliquen.

Im polnischen Reiche regiert nicht die Regierung, die dem Sejm verantwortlich ist, sondern es regiert eine demoralisierte korrumpte und unschöne Bürokratie. Und das will ich Ihnen beweisen. Meine Herren, seien Sie sich irgend einen Bericht der höchsten Kontrollkammer aus einem bestimmten Ressort an und Sie werden sich überzeugen, daß die öffentlichen Gelder, die eingezahlten Steuern in ordnender Weise in allen Ressorts gestohlen oder in leichtsinniger Weise vertan sind. Die Regierung aber sieht völlig ratlos zu, und das Schlimmste ist, daß die Schulden nicht zur Verantwortung gezogen werden. Greifen wir beispielweise ein Ressort heraus — das Ministerium für öffentliche Arbeit. Auf Seite 742 heißt es: es wurden über den Etat hinaus Beamte angestellt und aus Sachkrediten bezahlt. Das Interesse des Staatschakos wurde bei Schließung von Lieferungs- und Arbeitsverträgen nicht genügend gesichert. Firmen wurden unnötigerweise Vorschüsse erteilt. Die Beamten gaben keine Quittungen über erhaltenen Vorschüsse; à conto ausgeführter Arbeiten wurden neue Vorschüsse gegeben, ohne Abrechnung der schon vorher gegebenen Summen. Belege über die Ausgaben sind überhaupt nicht oder nicht ordentlich geprüft; es werden Arbeiten unternommen, ohne die erforderlichen Projekte oder Kostenanschläge; es fehlen die Protokolle über die abgenommenen Arbeiten und Materialien; es werden Materialien abgenommen, die schlecht sind; Materialien werden falsch und zu hoch veranschlagt. Die Ausgaben werden gedeckt mit nicht ausständigen Krediten.

Und nun folgt eine ganze Pitane. Nehmen wir traurig eine Abteilung des Ministeriums: ob das nun der Wasserbau oder Wegebau oder irgendeine Neuordnung ist, — überall sehen die Herren einen einzigen großen Diebstahl. Und was antwortet der Minister darauf? Gar nichts antwortet er darauf; auch auf dringende Vorstellungen der höchsten Kontrollkammer antwortet er nicht. Und wenn er antwortet, so sagt er wie in dem Faile der vereinigten Schiffschaftsgesellschaft in Polen. Er sagt: es ist alles in Ordnung. Und die höchste Kontrollkammer bemüht dem Leiter des Ministeriums, daß der Staatschakos über eine Million Bloty Schaden gemacht hat und daß die Gesellschaft, in deren Aufsichtsrat auch Herr Rybczynski und andere hohe Ministerialbeamte sitzen, keine Miete zahlt für verschiedene staatliche Werkstätten — der Herr Minister antwortet nicht. Da sich nun die Oberste Kontrollkammer keinen Rat weiß mit dem Ministerium für öffentliche Arbeiten, schreibt sie an den Finanzminister, an den Herrn Władysław Grabski, der uns vor einem Augenblick gesagt hat, daß er den polnischen Staat retten und deshalb nicht ablehnen will. Aber auch der Herr Finanzminister Grabski gibt der Akademie keine Antwort. Über dieselben Beamten, welche mit den öffentlichen Geldern und dem Budget diesen aus dem Volke herausgezogenen Groschen, derart umzutauschen wissen, — diese Herren Beamten verstehen es auszeichnet, an sich zu denken. Aus demselben Bericht der Obersten Kontrollkammer, Seite 744, erfahren wir den Vertrag, den das Ministerium für öffentliche Arbeiten mit der Regierung wegen der Kolonie Staszica geschlossen hat. Für eine Fläche von 44 806 Quadratmeter zahlen die Staatsbeamten eine jährliche Miete von 8 96 Groschen, und wir erfahren, daß z. B. der Herr Minister Eberhardt für den Teil Nr. 55 jährlich 11 Groschen bezahlt. So sorgen die Herren für sich selbst in recht guter Weise, während sie mit den öffentlichen Geldern nicht zu wirtschaften verstehen.

Das für die Waldgabe eingelieferte Geld war bestimmt zum Wiederaufbau der während des Krieges vernichteten Gebäude. Herr Grabski hat von dem Gelde 6 Millionen 260 000 zł für Befreiungen anderer Ressorts verausgabt. Auch bei anderen Ministerien sieht es so aus. Zum Beispiel im Ressort des Kriegsministers. Frühstücke, Diners, besondere Sendungen und Essen, Toaste und verschiedene nationale Feierlichkeiten sollen glänzend aus. Aber wenn Sie sich den Bericht der höchsten Kontrollkammer über die Wirtschaft der Intendantur vornehmen, so sehen Sie, meine Herren, wieder einen einzigen großen Diebstahl, eine einzige Korruption. Auch der Herr Kriegsminister ist nicht auf die Vorstellungen der Kontrollkammer nicht, und das Tragischste dabei ist, daß alle diese Unfähigkeiten straflos bleiben, und die Straflosigkeit regt zu neuen solchen Überstalten an. Ganz anders als der Kriegsminister und der Minister für öffentliche Arbeiten handelt der

Eisenbahominister Tyska. Er antwortet auf die Vorstellungen der Kontrollkammer: „Ja! Sofort! Wird abgestellt!“ Und was geschieht in Wirklichkeit? Bei erneuter Revision muß sich die Kontrollkammer davon überzeugen, daß nichts geschehen ist. Ist das eine Regierung? Regiert also Herr Grabski oder regieren seine Minister? Nein! Es regiert eine vollständig unschöne Bürokratie und sie regiert straflos. Aber wir haben ja einen Justizminister. Auch in diesem Ressort sehen wir aus den Berichten der Kontrollkammer, daß es ihr wohl gelungen ist, in einigen Fällen Diebe von öffentlichen Geldern vor den Staatsanwalt zu bringen, aber da zieht sich die Untersuchung 2—3 Jahre hin, und in vielen Fällen wird der Dieb freigesetzt, auch wenn ihm die Schuld nachgewiesen ist.

Im Innenministerium werden eine ganze Anzahl Übertreibungen aufgezählt, und dann sagt der Bericht: Es sind Überschreitungen an Ausgaben aus dem Dispositionsfonds im Betrage von 200 089 zł festgestellt und an Feiertagsgeschenken für Funktionäre in der Ministerzentrale die bedeutende Summe von 542 000 zł. Diese Summen aber wurden entnommen aus einem Titel (42 000 zł) für Bevölkerung von ausländischen Gästen und zum Teil aus dem Titel militärische Unterstützungen (499 200 zł).

Also den Armen hat man das Geld weggenommen, jenen Familien, deren Mitglieder zum Militär eingezogen wurden und die eine Unterstützung erhalten sollten. Und Herr Grabski weiß ganz gut, daß das gesetzlich verboten ist. Über er billigt das. (?) D. R. Der Redner erwähnt weitere Unregelmäßigkeiten, die bei der Staatspolizei vorkommen sind.

Und diese Regierung verlangt neue Vollmachten, eine Regierung, die derartig mit den öffentlichen Geldern umgeht.

Wenn wir alles verkaufen und verpachten haben, was werden wir dann tun? Dann werden wir als Bettler zum Völkerbund gehen und um einen Vormund bitten.

Aber wir wollen keinen Vormund. Und darum werden wir der Regierung Grabski keine Vollmachten geben und auch das Budget nicht bewilligen. Denn zu einer Regierung, welche so wirtschaftet, wie es die höchste Kontrollkammer beschreibt, können wir kein Vertrauen haben.

Jetzt betrachten wir einmal den anderen Teil unserer Verwaltung. Nicht den, der mit öffentlichen Geldern zu tun hat, sondern den, der die Ausführung der Gesetze zu überwachen hat. Das Unglück Grabskis war, daß er in seiner Hand zwei Ressorts vereinigte: das des Premiers und das des Finanzministers, daß er viel zu viel Zeit dem Sanierungsproblem widmete und sich den Kopf zerbrach, wie er seine Bürokratie bezahlen soll, und woher er die Kredite für die Erhaltung des Blotkurses nehmen sollte, und daß er sich viel zu wenig interessierte für seinen Posten als Ministerpräsident. Herr Grabski hat überhaupt nicht gesehen, ob die Minister die Beschlüsse des Ministerrats ausführen oder nicht. Können Sie sich, meine Herren, einen Staat vorstellen auf der Welt, in der ein Minister Beschlüsse des Ministerrats über die Bevölkerung der Ausführungen nicht ausführt? Auf einer Sitzung der Sparkommision, die unter der Leitung des Herrn Grabski tagte, wurde beschlossen, daß einige Abteilungen des Ministeriums für öffentliche Arbeiten aus Sparsamkeitsrücksichten aufgehoben werden sollten. Die Kontrollkammer schreibt, daß dieses Ministerium die Beschlüsse der Konferenz nicht verwirklicht habe, denn wenn es auch die Wasserbaubehörden in Krakau und Thorn aufgehoben habe, so habe es doch an deren Stelle neue Inspektoren gebildet mit demselben Personal, das schon vorher da war. Herr Grabski weiß davon, aber Herr Rybczynski sitzt ruhig auf seinem Platz und Herr Grabski hat nicht die Macht, diese Dinge zur Durchführung zu bringen. Die Minister haben freie Hand, aber sie regieren nicht, es regieren verschiedene unverantwortliche Cliquen. Es können Auordnungen erlassen werden, welche sie sein mögen, aber weder die Wojewoden, noch die Starosten, noch die Polizisten kümmern sich darum. Wir haben noch im vorigen Januar dem Herrn Minister Grabski und dem Herrn Minister Matajski einige Klagen vorgelegt. Matajski sagte damals: Um Gotteswillen, wie kann das geschehen, ich werde Bericht einfordern. Er hat an den Wojewoden Garavich geschrieben, und vom Januar bis zum Juni war noch keine Antwort da. Da ich neugierig war, warum keine Antwort kommt, ging ich zu dem Minister Matajski. Dieser sah mich an und es zeigte sich, daß der Herr Minister in dieser Angelegenheit geschrieben hat und der Wojewode hat ihm nicht einziges mal geantwortet.

In unserem Reiche gibt es keinen Menschen, der Aufsicht führt darüber, wie in den einzelnen Kreisen und Provinzen gearbeitet wird. In den Bürostudien werden die Büros geschlossen, und die Beamten sitzen in den Gaishäusern. Der vom Lande in die Stadt kommende Bauer muss auf jedem Amt stundenlang auf die Erledigung seiner Angelegenheit warten. Die Landbevölkerung weiß ganz genau, daß der Herr Grabski ihn den letzten Groschen herauspreßt, aber sie sieht auch, daß dieses Geld verausgabt wird, damit die Beamten ihre Pflicht nicht tun. Und das Budget kann nicht verringert werden, denn Herr Grabski behauptet, daß das alles notwendig sei. Zu dieser Demokratie unserer Bürokratie hat — das muß zugegeben werden — in ausgiebiger Weise der Sejm beigebracht. Alle Parteien dieses hohen Hauses, besonders die größten halten es für ihre Ehrenpflicht, in führende Stellungen gerade ihre Leute hinzuzubringen. Ein Beamter also, der eine höhere Stellung haben will, muß einer möglichst großen politischen Partei angehören, er kann sonst ganz unfähig sein, ein Mensch ohne Charakter und dabei trüge, nur muß er einer einflussreichen politischen Partei angehören und ihr seine Seele verkaufen, dann bekommt er eine einflussreiche Stellung. Ein guter charaktervoller Beamter, der derartige Dinge nicht mitmacht, der bleibt im Hintergrund und avanciert nicht. Es ist das unglaubliche vorgekommen, daß ein und derselbe Beamte gleichzeitig bei verschiedenen politischen Parteien Mitglied geworden ist. Er hat Empfehlungen der Dubanowiczgruppe, der Piasten und der Endelen, wie es gebraucht wird. Man stelle sich vor, wie ein solcher Beamter regiert. Für ihn gibt es keinen Minister, kein Gesetz, keine Verordnung, für ihn gibt es nur einen Parteichef und einen Organisationsvorstand, dessen Befehle er blind ausführt. So kommt es, daß in den Amtesbüros Parteibüros aufgemacht werden. In den amtlichen Büros befinden sich Parteisekretariate und es werden Interessen empfangen. Eine politische Partei schreibt an einen Starosten: Wir bitten, eine Versammlung vorzubereiten für den und den Tag im Büro der Staroste. Eine andere Partei empfiehlt dem Starosten, daß er an einem bestimmten Tage der Gegenpartei nicht erlaube, eine Versammlung abzuhalten. Wenn nun der Starost die Versammlung der Gegenpartei nicht sprengt, dann ist er geliefert und er

wird als zu wenig energisch entlassen. Z. B. wurde der Starost von Gorlice entlassen, weil er nicht fähig war, auf Grund eines Gesetzes die Versammlung der Bauernpartei zu sprengen." Redner führt noch andere Übergriffe an und fährt dann fort: "Und, meine Herren, Sie glauben, daß die Regierung dies alles nicht weiß? Herr Grabbski war von all dem unterrichtet. Auch die Minister wissen Bescheid, aber es wird nichts geändert."

Diesem Terror unterliegen auch die Gerichte.

Der Starost befiehlt und der Leiter des Gerichts muß die Angelegenheit so führen, wie es dem Herrn Starosten gefällt. — Das Büro des Finanzamtes in Sambor dient gleichzeitig als Parteizentral des Polnischen Volkspartei "Piast". Der Distrakteur dieser Partei für den dortigen Wahlbezirk, Herr Ratucz, wirkt dauernd in diesem Lokal, empfängt die Parteien und gibt Anleihen aus, wobei er eine Gebühr von 5 zł für die Parteikasse erhebt. Der Bezirkslandkommissar in Sambor, Herr Kofius, ist nicht nur Agitator der Partei, sondern schickt zu Parteizwecken den Sekretär des Landamts mit einer Abteilung gedungener Leute zur Versammlung nach Alt-Sambor, die durch eine andere Partei einberufen ist, mit dem ausdrücklichen Befehl zur Sprengung der Versammlung. Der Herr Sekretär verläßt nicht nur die Arbeit in seinem Büro, sondern er erhält für diejenigen Dienst eine besondere Zulage, die aus den Mitteln der Kommission bestreitet wird. Derselbe Kommissar Kofius kommt seine Stellung dazu, um den Gemeindekommissar in Czyszków zur Stellung eines unentgeltlichen Fahrwerts zu veranlassen, als er am 14. Juli zur Sprengung der Versammlung nach Czyszków reiste. Sein trauriges Opfer war der Wirt Martin Kofak in Czyszków. Meine Herren, ein solcher Parteistarost richtet dem Staate und der Gemeinschaft einen größeren Schaden an, als der größte Bolschewist. Wenn Sie, meine Herren, den entlaufenen Leszczewski als Abteilungsleiter aufstellen, würde er Ihnen keinen größeren Schaden anrichten. Es kommt dadurch zu solcher Demoralisation, daß der Starost Spis in Rzeszów, der zu österreichischer Zeit für allgemeine kriminelle Vergehen im Gefängnis saß, heute in seinem Büro Leute empfängt und sie mit Schnaps bewirkt. Derselbe Herr Starost Spis verlangt ebenso wie der Starost Eckhard zur Bestätigung der Statuten ein Verzeichnis der Mitglieder und geht so weit, daß er dem Volk die Unterzeichnung einer Petition an den Sejm ohne die Genehmigung des Starosten verbietet. Der Starost in Rzeszów reichte eine Klage an das Gericht ein und verlangte die Bestrafung des Anton Barloga, weil er einen Protest gegen das Pluralwahlrecht ohne Genehmigung des Starosten unterschrieben hat. M. H., und das Gericht wird strafen. Wir haben eine Entscheidung infolge des Antrages an das Gericht des Herrn Starosten in Rzeszów, unterschrieben von dem Richter Dr. Józef Nierozewski. Hören Sie, wie dieses Urteil lautet und wofür ordentliche Leute in Polen bestraft werden:

"Im Namen der Republik Polen! Das Kreisgericht in Rzeszów in der Strafsache gegen den Wladyslaw Kalandek und Genossen wegen Vergehens aus § 26 des Gesetzes vom 16. November 1867 Nr. 184 hat nach der Durchführung der Verhandlung folgendes Urteil gefällt: 1. Angeklagter Wladyslaw Kalandek, 26 Jahre alt, 2. Wladyslaw Kalandek, 27 Jahre alt, sind schuldig, daß der zu 1 als Vorsitzender, der zu 2 als Schriftführer des Gemeindebauernvereins, gegründet in Rzeszów, im März 1925 verabsäumt haben, der Kreisverwaltungsbehörde, nämlich dem Starostwo zu Rzeszów, die Zahl der Mitglieder dieses Vereins mitzuteilen. Dadurch haben sie sich der Übertretung aus § 26 des Gesetzes vom 16. November 1867 Nr. 184 schuldig gemacht und sind zu einer Strafe nach den Vorschriften des angeführten Gesetzes von 10 zł und im Falle der Uneinholbarkeit der Strafe zu 24 Stunden Arrest und der Tragung der Kosten im Sinne des § 289 verurteilt. Die Angeklagten Karol Lubaczewski, Franz Druba, Albert Kalandek, Franz Basac, Martin Swistara, Stanislaus Drwnka sind im Sinne des § 259 I. 3 p. f. von der Anklage in obiger Richtung freigesprochen, da sie weder als Vorsitzende noch als Sekretär tätig waren."

M. H., ich bitte mir irgend einen Antrag des Herrn Starosten Spis, dieses Kriminalisten, zu zeigen, den er gegen irgend eine andere politische Partei eingebracht hätte. Zeigen Sie mir ein Gericht, das keine Verfassung kennt, die verpflichtenden polnischen Vorschriften nicht beobachtet. Verpflichtet nicht die Verfassung? Herr Grabbski verbirgt sich an jedem Ersten den Kopf, woher er die Beamten besolden soll. Aber, wenn es sich um die Unterstützung der verschiedenen politischen Parteien, um verschiedene politische Versammlungen der höheren politischen Parteien handelt, so findet sich schon das Geld.

Und wie sieht es in den Gerichten aus? Sehen wir uns an, wie die Gerechtigkeit in Polen geübt wird. Eins, Herr Minister, stelle ich fest, und zwar, daß man auf dem flachen Lande die Überzeugung hat, daß in Polen 75 Prozent aller Urteile faulisch sind, daß nicht das Gesetz oder das Recht entscheidet, sondern die Korruption. Noch vor kurzem hat der Herr Minister selbst gesagt, daß der Organisator des Bauerverbandes bestraft werden müßte, weil er dem Starosten keine Anzeige gemacht hat. Herr Minister, es gibt ein Gesetz, nach welchem ein Mord bestraft werden muß. Aber in Polen sind

die schrecklichen Seiten der Absatz- und Herrenherrschaft wiederkehrt:

Für den Mord eines Bauern gibt es keine Strafe. Im Kreise Nowy Targ schoß ein Förster auf einen Bauern, der Holz im Wald stahl. Der Bauer wird bestraft. Er erhält dreimonatigen Arrest. Der Förster bekam eine Strafe von 20 zł für die Anschaffung des Bauern. Auch vor dem Kriege haben zu Österreichischen Seiten Förster auf die Lente geschossen. Der Großgrundbesitzer Schnell im Kreise Brody verwundete einen Bauern. Er bekam ein Jahr Knuthaus dafür und hat es abgeschossen. Aus dem Kreise Mielec könnte ich aus polnischen Seiten eine ganze Pianet anführen. Es gibt da Menschen, welche herzlosähnliche Leute anschießen, aber es gibt niemanden, der sie dafür zur Verantwortung zieht. Datalyn der Förster des Herrn Supka, schoß den Bauern Stanislaus Grzelak aus Przeciam an und es ist ihm nichts geschehen. Der Unterförster Stendrich erschoß den Kasimir Chmielow aus Komorow für ein Kind trocken Holz, das er sich aus den staatlichen Wäldern geholt hatte, um es auf dem Felde zur Abwehr der Wildschweine zu verbrennen. Der Förster wurde zwar arretiert, aber es geschah ihm nichts. Derselbe Stendrich schoß auf den Johann Kobrya aus Komorow. Er hat dafür auch nicht eine Stunde gesessen, obgleich man dem Kobrya im Saarbezirk von Tarnobrzeg 18 Schrotkörner aus dem Peitsche gezozen hat. Ein Forstwissenschaftler Hepp schoß auf den Michael Bedrzejowski aus Ostrow, Kreis Kolonowice, auf seinem eigenen Felde. Der floste im Jahre 1925, aber Hepp läuft frei rum. Derselbe Hepp schoß am 27. Mai 1925 vom Dogen auf den Johann Kopnowicz aus Babul, und es ist ihm nichts geschehen. Die Bauern sehen das alles, sie sehen, daß der Bauer für die geringste Kleingestalt vors Gericht gezogen wird, aber wenn den

Bauern Unrecht geschieht, ja, wenn man Verbrechen an ihnen verübt, dagegen gibts keine Gerechtigkeit, das polnische Gericht nimmt sich seiner nicht an.

Der Redner führt weiter Interpellationen an den Justizminister an gegen verschiedene Urteile, besonders gegen eins, nach welchem ein gewisser Piotr Hryniusz, ein Bauer aus Młodowice, Kreis Przemysł, verurteilt wurde, obgleich er zurzeit des ihm vorgeworfenen Vergehens in Amerika war. Der Richter ließ den Beweis (eine Reihe Belege und das Zeugnis des Gemeindevorstehers) nicht zu und verurteilte den Angeklagten.

Derartige Urteile, Herr Minister, gibts zu Hunderten und Tausenden. Es gibt berufsmäßige Wucherer, die sich in einer Gemeinde 30—40 Bauern vornehmen und sie anklagen. Mit den Richtern haben sie ein Abkommen über Prozente, und der Richter verurteilt instanzlos die Bauern zu 100 Prozent der angeklagten Schulden. Herr Minister, Sie raten, daß diese Leute Anzeige erstatten sollen wegen falscher Aussagen. Sie wollen, daß der arme Bauer einen Prozeß anstrengt und daß er noch 200 zł Kosten zahlen soll. Dazu hat es der Bauer nicht, Herr Minister. Ihre Pflicht ist es, in diese Wirtschaft hineinzuleuchten. Die Richter sind bestechlich. Und das gab es früher nicht. Zu österreichischen Zeiten hat man gar aufgepaßt, und eine kleine Anzeige an den Minister genügte, um einen verdächtigen Richter vom Amt zu entfernen. Man bringt Ihnen, Herr Minister, Beweise, daß parteiliche Urteile gefällt worden sind, und Sie, Herr Minister, sagen geht hin und sagt. Sie raten so dem Lamme, daß es zum Wolf geht und sich aufressen läßt. Noch ein Beispiel: Walenty Magda begibt sich nach Tarnobrzeg, um nach Frankreich auf Arbeit zu fahren. Er ist arbeitslos. Da greift ihm die Polizei. Sie behauptet, daß er ein Bandit sei und behält ihn 51 Tage im Gefängnis. Der Mann stellt seine Unschuld dar, er sagte, er wollte einen Auslandsurlaub haben. Das muß alles nichts. Der Mann hat einen Brief aus Frankreich geschrieben, der lebenswert ist.

Er verflucht darin sein Vaterland und sagt, daß das Land von der Erdbörselike verschwinden müßte, in dem die Bürger so behandelt werden.

Nun die Finanzverwaltung. Herr Grabbski behauptet, daß er sehr aufmerksam die Interpellationen über ungerechte Verteilung der Steuern lese. Nun zeigt es sich, daß dieser staatliche Apparat dem Herrn Grabbski überhaupt nicht gehorcht. Nur im Finanzministerium findet Herr Grabbski noch Gehör. Schon in der zweiten Instanz, aber besonders in der ersten macht sich kein Mensch etwas aus den Verordnungen des Herrn Grabbski. Wir haben eine ganze Anzahl von Fällen dem Herrn Grabbski vorgelegt, wir können Hunderte vorlegen, in denen die Beamten in ganz ungerechter Weise Steuern auferlegen. Herr Grabbski hat natürlich Verordnungen erlassen, aber glauben Sie, daß die Beamten in den kleinen Städten und auf dem flachen Lande sich danach richten? Man zieht Steuern ein noch leicht so wie früher. Wenn man auf ein Gemeindeamt kommt, dann sieht man dort eine Menge Kissen, eine Menge Anzüge, Stiefel und Betteln; das sind die Mittel, die die Gerichtsvollzieher fortnehmen für nicht bezahlte Steuern. Und das geschieht, meine Herren, nicht etwa gegenüber Bolschewisten, sondern Leuten, die den Premier Grobksi und die gegenwärtige Regierung stützen. Die "Rzecapospolita" brachte am 19. 9. 1925 einen Artikel mit der Überschrift:

"Glend, Glend, Glend" . . .

in dem sich folgender Passus befindet: "Wenn wir uns das Verzeichnis der Dinge ansehen, welche versteigert werden sollen für nicht bezahlte Steuern, und wenn wir ihren Wert abschätzen, so sehen wir, daß das Finanzamt die Allerärmsten pfändet. Einem dieser Leute wurde seine Wohnungseinrichtung im Werte von 20 zł verkauft. Einem anderen soll ein Papierkramen im Werte von 10 zł verkauft werden, noch einem anderen ein Spiegel und Bekleider im Werte von 25 zł. Einer Frau wurden Stühle im Werte von 12 zł gepfändet, einer anderen Männerkragen im Werte von 15 zł. Bei einem anderen bildete das ganze Vermögen ein Schrank, der für 10 zł verkauft wurde. Einem anderen wurden Nägele für einen Preis von 10 zł verkauft, einem dritten verkauft man einen Tisch für 10 zł. Das ist wirklich Glend, Glend und nochmals Glend. Und, meine Herren, wenn das in Warschau geschieht, wo die Schuldner die höheren Ämter zur Verfügung haben und ihr Recht suchen können, so können Sie sich vorstellen, wie es auf dem Lande aussieht.

Im Kreise Sanock hat man einem Wirt 15 Meter bearbeitetes Holz, das er zum Bau brachte, gepfändet. Weil sich in der Gemeinde niemand fand, der Geld hatte, das Holz zu kaufen, mietete das Finanzamt einen Fuhrmann, und man brachte das Holz in die Stadt und verkaufte es dort um einen Preis, mit dem man nicht einmal die Fuhrkosten bezahlen konnte, so daß der Fuhrmann noch Anprüche an die Staatskasse erhebt. So hebt man die Produktion, und so sorgt man dafür, daß die Steuerkraft des Landes wächst. Die Vermögenssteuer wird, wenn es sich um die Massen der Bauern handelt, auch von denen eingezogen, die auf Grund des Gesetzes nicht verpflichtet waren, die Steuern zu bezahlen. Man erhob sie von Wirten, die Bettler von 2, 3, 4 oder 5 Morgen sind. Wir haben einen solchen Fall dem Herrn Minister zur Kenntnis gebracht. Der Minister hat seine Anordnungen getroffen, aber es geschah nichts, denn der Beamte sagte sich: Was geht mich der Minister an! hier entscheidet ich allein und nicht der Minister! Bei Bauern zieht man alle Abgaben ein, ob es richtig ist oder nicht, auch wenn sie zu hoch veranlagt sind. Dem Jan Burzard aus dem Dorfe Sk... hat man eine Einkommensteuer von 512 zł bei einem Besitz von 23 Morgen auferlegt. Auf Grund des Gesetzes sind 15 Hektar, das sind 27 Morgen, völlig frei von der Einkommensteuer. Ein Bauer an der Grenze weist nach, daß er 45 Dezhjatinen hat. Man legt ihm eine Steuer auf für 90, und es gibt keine Instanz, die das ändert."

Der Redner verbreitet sich dann darüber, daß das Budget in diesem Jahre 333 Millionen Steuern vorsieht von den besitzenden Klassen, daß der Minister aber eingeschoren hat, daß dies zu hoch ist, und es werden nur 150 Millionen erhoben. Also schenkt der Herr Minister den besitzenden Klassen über die Hälfte der Steuern, trotzdem er feierlich versichert hat, daß er diese Steuern sehr scharf einzischen werde. Das sind alles solche Blumen. Auf der einen Seite vergibt man die Arbeiter, auf der anderen sagt man den Bauern, daß alles in Ordnung ist. Sie würden Land bekommen, und jetzt sehen wir die Folgen der Regierung: es wird immer schlechter, das Glend wird immer größer."

Der Redner verbreitet sich dann darüber, daß der Sejm Herrn Grabbski das weiteste Entgegenkommen erwiesen hat, daß dieser aber das Ansehen des Sejm untergrabe. Dem Sejm kann man alles vorwerfen, nur das eine nicht, daß er nicht gearbeitet hat. Kein Parlament der Erde fabriziert so viel Gesetze wie der polnische Sejm.

Das ist das Unglück, daß wir zu viel Gesetze machen. Selbst ausgezeichnete Juristen können sich in den vielen Gesetzen nicht mehr orientieren. Herr Grabbski regiert, ob er Vollmachten hat oder nicht. Ich habe schon nachgewiesen, daß dort, wo Vollmachten nicht vorhanden sind, er auf dieselbe Weise das Gesetz hintergeht.

Und nun die Interpellationen. Der Marschall nimmt die Interpellationen an, sendet sie dem Ministerpräsidenten, dieser schickt sie an den Rechtsminister, dieser dem Wojewoden, der Wojewode schickt sie dem Starosten, und von diesem bekommt sie der Polizist. Derselbe Polizist, der den Missbrauch getrieben hat. Und der sagt, daß alles, was da geschrieben steht, nicht wahr ist. Ebenso sagt der Starost, und so weiter hinauf, und der Ministerpräsident antwortet auf die Interpellationen: Es ist alles nicht wahr. So werden in Polen die Antworten auf die Interpellationen gemacht. Aber manche Leute sind klüger wie die Minister. Im Kreise Rzeszów überfiel ein Polizist einen Bauern und benahm sich unehrenhaft. Der Abgeordnete Blauta interpellierte den Minister des Innern. Die Antwort lautete, daß alles nicht wahr sei, der Polizist habe nicht überfallen. Aber der Bauer war klüger als der Herr Minister. Er klagte bei Gericht, und das Gericht verurteilte den Polizisten zu drei Tagen Arrest. Wie sehen Sie nun aus, meine Herren?

Sie geben sich keine Mühe, die Wahrheit zu entdecken und begnügen sich mit den Aussagen derjenigen Leute, die die Übergriffe sich haben zu schulden kommen lassen. Polen, das kann man sagen, ist ein Staat der von Eurer Seite organisierten Lüge. Und den Löwenanteil an den gegenwärtigen schweren Zuständen muß die Regierung des Herrn Grabbski auf sich nehmen.

Der Sejm hat dem Herrn Grabbski alles bewilligt, was er wollte. Die Regierung in Polen führt nicht die vor dem Sejm verantwortliche Regierung des Herrn Grabbski, sondern eine korrumptierte, demoralisierte und unsägliche Bureaucratie, die sich nicht durch Gesetz und Recht leiten läßt und in die Administration ein Chaos und eine Rechtlosigkeit eingeschleppt und durch ihr Vorgehen die breiten Massen des Volkes gegen den Staat aufgebracht hat. Einer solchen Regierung bewilligen wir das Budget nicht. Wir werden gegen die Vollmachten stimmen. Wir werden gegen das Vertrauensvotum stimmen, noch mehr, wir werden fordern, daß namentliche Abstimmung stattfindet, um die Verantwortlichkeit derjenigen Parteien festzustellen, die die Verantwortung für die weitere Regierung des Herrn Grabbski übernehmen. Wir wollen eine reine Atmosphäre. Es gibt keine einzige Partei, welche anhahalb dieses Saales auf den Versammlungen für die Regierung Grabbski eintritt. Die Rechtsparteien erklären sich auf ihren Versammlungen gegen die Regierung, damit die Wähler wissen, daß sie in der Opposition sind. Im Sejm stimmen sie aber anders, und sie empfangen dafür verschiedene Privilegien. Herr Grabbski verteilt den Verwaltungssapparat unter die Parteien. Mögen sich diejenigen melden, welche die Verantwortung dafür übernehmen wollen, daß wir in sechs Monaten unter der Vormundschaft des Völkerbundes stehen werden. Wir wollen das nicht. Gewiß, wir wissen — und darin hat Herr Grabbski recht —, daß ein Wunderäter nicht kommen wird. Aber eine neue Regierung kann, wenn sie kommt und will, wenigstens diese korrumptierte Administration heilen. Hier kann Besserung geschaffen werden. Herr Grabbski hat diese Dinge immer auf die leichte Achsel genommen, er hat sie zur Kenntnis genommen, und damit Schluss.

Zum Schluß spricht der Redner sich für den Antrag auf Sejm auflösung aus.

Briefkasten der Redaktion.

Zur Beachtung! Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Auskunft auf Anfragen nur erfolgt, wenn der Anfrage die Abonnementsquittung beigelegt ist.

D. Ch. Aufgewertet wird die Spareinlage schon, aber nach einem umständlichen Verfahren. Die Kasse muß erst eine Aufstellung ihres Vermögens machen, worauf ein Regierungskommissar die Aufwertungsquote feststellt. Wenden Sie sich direkt an die betreffende Sparkasse um Auskunft über den Stand der Sache.

E. H. 100. Jeder Ausländer kann einen polnischen Staatsangehörigen bei polnischen Gerichten direkt verklagen ohne Anspruchnahme der Vermittlung der Konsulate.

E. Sch. Die 34 000 Mark hatten einen Goldwert von 1096 zł. Davon können gefordert werden 60 Prozent = 657,60 zł.

Nr. 100. H. 1. 2950 zł. Kapital. 2. 1111 zł. 3. 926 zł. 4. 112,50 Goldmark. Hinsichtlich 4. ist Anmeldung notwendig, wenn auf Grund des Vorbehaltes der Regie oder kraft Rückwirkung gefordert wird, was bei Ihnen nicht der Fall ist. Auf eine Bezeichnung der Binsen können wir uns nicht einlassen. 5. Glycerin.

H. F. 40. Wir müssen unserem Bagatelle darüber Ausdruck geben, daß Sie wegen der Bagatelle von 20 Groschen unsere Zeit in Anspruch nehmen. Wir müssen Auskunft darüber ablehnen.

D. B. 24. Restaufzug und sogenanntes Kindergeld wird gleichzeitig aufgewertet auf 60 Prozent = 3000 zł. Über die Höhe der Binsen muß sich der Gläubiger mit Ihnen verständigen.

E. G. in Ch. Für Ihre bleibenden Hypotheken hat die Aufwertung in Deutschland keine Bedeutung.

B. in L. Ohne Ausweis darüber, daß Sie Abonnent sind, können wir Ihnen Auskunft nicht erteilen.

B. B. H.-Grabow. Sie müssen zunächst feststellen, ob der zweite Käufer die Schuld übernommen hat. Ist dies der Fall, dann ist er persönlicher Schuldner geworden und kann mit 60 Prozent des Goldwertes der Schuldsumme in Anspruch genommen werden. Ist das nicht der Fall, dann haftet er allerdings nur für die Hypothek, die nur auf 18% Prozent aufgewertet werden kann.

G. in Gr. Uns sind wiederholt die gleichen Fragen zugegangen. Wenn Sie den Nachweis führen können, daß Sie die Rate richtig bezahlt haben, können Sie natürlich nicht ein zweites Mal in Anspruch genommen werden. In den uns vorgebrachten Schreiben der genannten Behörden hies es auch unseres Erinnerns ungefähr: "soweit bisher festgestellt werden könnten" — worauf geschlossen werden kann, daß die Aufstellung nicht als absolut sicher angesehen wird. Das Wichtigste ist jetzt, daß Sie für Ihre geleisteten Zahlungen die erforderlichen Beweise sammeln.

M. L. Nach dem Statut vom 25. Februar 1924 ist es dem Haushalter angegeben, wie er das Wagnis auf die Mieter verteilen will, ob nach Personen oder nach Räumen. Punkts. Der von 12 000 Mark genau dar. Von diesem Betrage haben Sie aber nur 60 Prozent zu zahlen = 2571,4 zł.

Nr. 98. C. A. Mit 15 Prozent des Goldwertes, in diesem Falle 1851,75 zł.

"Glückauf". Rentenabzüge aus der Zeit vor 1919 werden auf 75 Prozent aufgewertet, wenn nicht "wichtige Gründe" zur Erhöhung vorliegen. § 84, 2 der Verordn. vom 14. 5. 24.

N. S. II. Ohne Ausweis darüber, daß Sie Abonnent sind, können wir grundsätzlich keine Auskunft erteilen.

Nr. G. 99. Nach Umrechnung auf 60 Prozent 7800 zł.

Pelzsachen werden in jeder Art umgearbeitet.
FRANZISKA JORDAN Putzarbeits-Stube 12640
Świecie n/W., Sądowa Nr. 19.

Zur gefälligen Erinnerung ausschneiden und aufbewahren!
„Büro WAP“, ul. Gdańsk 162, II, neben Hotel Adler, 11948 übernimmt die Ausarbeitung von Schriftsätzen jeglicher Art, insbesondere in Zivil-, Strafprozessen, Steuerangelegenheiten, Mietstreitigkeiten, Eingaben an Behörden usw.

Puppen-Klinik sämtliche Ersatzteile

Spielsachen
Puppenfabrik

T. Bytomski, ulica Dworcowa 15a.

Drainröhren 4 bis 16 cm Durchmesser, hat abzugeben
Otto Kropf, Dampfziegelei, Plessem (Bahnhof). 9827

Wir übernehmen noch von sofort
Dampfpflugarbeiten
Gebr. Lohrle, Chelmza (Culmsee) 12626 Maschinenfabrik. Tel. 6.

Telefon 1923.
Prima oberschlesische Stein Kohlen und **Hüttenkoks** sowie trocknes **Klobenholz** geschnitten, ofenfertig u. gespalten liefert in jeder Menge
Gustav Schlaaf ul. Marcinowskiego 8a (Fischerstr.) Telefon 1923. 12499

Mit dem diesjähr. Engros-Verkauf von **Christbaumschmuck** habe ich begonnen und erbitte rechtzeitige Auftrags-Erteilung, da nur sehr beschränkte Mengen lieferbar. 8759 Drogeria Monopol Fr. Bogacz, Bydgoszcz, Dworcowa 94. Telef. 1287.



Geldmark

5 - 10 000 zł zweds. Vergrößerung d. Unternehmens oder als stiller Teilhaber o. soj. gefügt. Offert. unter Nr. 8836 an die Geschäftsstelle d. Btg.

Verkauft 7849

Stellengesuche

Junger Beamter

(höher. Schulbildung), Lehrzeit beendet, sucht Stellung auf größer. Gut unter Leitung des Chefs von sofort oder später. Zuschriften an Ritter, Pfarrer, Segolno, 1919

Suche für meinen Beamten

28 Ihr. alt, durchaus tüchtig, fleißig u. energisch, Stellung auf größeren Gute mit. Oberleitung oder selbstständig. Wegen Wirtschaftsänderung verlässt der Beamte seine bis jetzt inne gehabte Stellung. Zuschriften erbeten u. d. 12650 an die Geschäftsstelle dieser Btg.

Förster,

d.-lath. 30 Jahre alt, Junggeselle, mit allen ins Fach schlagenden. Arbeiten bestens vertraut. Absolv. einer Förstschule, Försterprüfung, der deutschen u. poln. Sprache in Wort und Schrift mächtig, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, eine Försterverwalter od. Försterstelle. Angebote zu richten unt. B. 12692 an die Gf. d. Btg.

Kaufmann

28 Ihr. alt, durchaus tüchtig, sucht Stellung als

1. Lohnbuchhalter

Expedient od. Lagerverwalter. Offert. u. d. 8809 a. d. Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Buchhalter.

Bilanzist selbständiger Organisator, sucht Geschäfte, für einige Stund. Off. u. d. 8851 a. d. Gf. d. Btg. Suche für sofort oder später spät. Stellung als Buchhalter, Kassierer, Lagerverwalter, Filialleiter, Rechnungsleiter, Rechnungsführer od. dergl. Bin d. poln. Sprache. Wort u. Schrift mächtig. Off. u. d. 8837 a. d. Gf. d. Btg.

Bess. Beamten - Ehepaar sucht

Haushalterin, Gesellin, Berichter, Tarike, Gutsverstehergesch. Schreibmaich, sucht zum

1. 26 evtl. früher Dauerstellung als Rentendant, Rechnungsführer, Privatsekretär, od. auch als Inspektor unt. Disposition. Gute, prakt. landw. Kenntnisse vorh., da mehrere Jahre prakt. gearb. Erittl. Zeugn. u. Empf. stehen zur Verfügung. Gesell. Zuschr. unt. A. 12701 an die Geschäftsstelle erbeten.

Landw. Beamter

28 Jahre alt, ledig, repräsent., zuverlässig, und energ. Persönlichkeit, gewandte Umgangsstilmen, beherrscht deutsch u. poln., lange Jahre im Rechnungsdienste tätig. Bergwerke Westfalen sowie landw. Großbet. tätig, jenseits

auf 5000 Morg. grob. Brennerei, firm. in Buchhaltung, Lohnwesen, Versicher., Tarife, Gutsverstehergesch. Schreibmaich, sucht zum

1. 26 evtl. früher Dauerstellung als Rentendant, Rechnungsführer, Privatsekretär, od. auch als Inspektor unt. Disposition. Gute, prakt. landw. Kenntnisse vorh., da mehrere Jahre

prakt. gearb. Erittl. Zeugn. u. Empf. stehen zur Verfügung. Gesell. Zuschr. unt. A. 12701 an die Geschäftsstelle erbeten.

Wirtin

erfah. in allen Zweigen

eines Gutsbaus

sucht zum 1. Dez. oder später Stellung. Off. bitte u. A. 12649 an die Gf. d. Btg.

Junger

Bädergeselle

sucht Stellung als

Bolontár in Konditor.

Offerten unter B. 12566 an die Geschäftsstelle.

Müller mit Saugas-

motoren vertraut, sucht

Stellung. 8860

Tutelewski,

Bydgoszcz-Wilcza, Czarneckiego 5.

Chauffeur u. Kontor-

sucht Stellung. Off. u. d. 8812 a. d. Gf. d. Btg.

Chauffeur und

Elektro-Monteur

sucht Stellung. Off. an

A. Kroll, Toruń-Motte,

Chrobrego 22. 19628

Gärtner

in mittl. Jahren, m. H.

Fam., in allen Zweigen

der Gärtnerie erfahrt,

sucht von gleich oder

1. 1. 1926 Stellung.

Gute Zeugnisse stehen

zu Diensten. Gesell. Off.

unter B. 12474 an die

Gf. d. Zeitung erb.

Chépaar übernimmt

Börlierstelle mit gl.

Wohng.

Offerten unt. S. 8850 an die Gf. d. Btg.

Verkauft 7849

Damen Schneiderin

wünscht Beschäftigung

in u. aus dem Hause.

Zu erfragen Wilcza,

ul. Jasowa 25, 1 Tr.

Gebildete, ältere

Hausdame

lauter, Charakt., allein-

stehend, deutsch, politisch

u. russisch sprechend, er-

fahren in all. Zweigen

des Wirtschaftswesens,

beschäftigt zur selbstständ-

Leitung jed. Haushalts,

verfügt über Kenntnisse in

ländlicher Wirtschaft,

Kleintierzucht u. Gar-

tenbau, sucht entspre-

chende Stellung als

Hausdame, am liebst. auf d. Lande.

Dienstarrang kann so-

gen. angeboten. Gesell.

angebote erb. u. d. 12535

an d. Gf. d. Btg.

Suche gegen gute

Verzinsum auf ein

schuldenfreies Gaffhof-

grundstück, ca. 40 Mor-

gen Rüben u. Weizen-

boden nebst neuer Ge-

bäuden und viel, leb-

und tot. Inventar

2 - 3000 zł.

Sicherheit 1. Hypothek.

Offerten u. B. 12704 an die Gf. d. Dt. Rd.

an die Geschäftsstelle d. Btg.

Ein kostlicher Nachtisch

wird stets jung und alt erfreuen.

Sie können sich dieses Vergnügen mit

Dr. Oetker's Schokoladenspeise mit gehackten Mandeln

häufiger leisten, weil die Zubereitung billig ist und wenig Umstände erfordert. Dabei aber ist die Speise außerordentlich nahrhaft und wohlbekömmlich.

Für 4 Personen genügt:

1 Packchen Dr. Oetker's Schokoladenspeise mit gehackten Mandeln,
1/2 Liter Milch,
3 Eßlöffel (75 g) Zucker,

Die fertige Speise reicht man mit Vanille-Sauce, bereitet aus Dr. Oetker's Saucenpulver mit Vanille-Geschmack.

Versuchen Sie ferner:

Dr. Oetker's Schokoladenspeise mit Makronen

1 Packchen Mk. 0.30

Dr. Oetker's Gala-Schokoladen-Puddingpulver

1 Packchen Mk. 0.15

Der Name „OETKER“ bürgt für beste Qualität! Verlangen Sie nur „Originalpackungen“ (niemals lose) mit der Schutzmarke „Oetkers Hellkopf“. — Die beliebten Oetker-Rezeptbücher erhalten Sie kostenlos in den Geschäften oder wenn vergriffen gratis und franko von 11546

Dr. A. Oetker, Oliva b. Danzig.

Raufmann

der Eisen- u. Kolonialwarenbranche, sucht von sofort oder später Stelle für Reise, Expedition od. Kontor. Flotter u. sicherer Verkäufer. Nehmen auch Stelle aus hilfloser Weise an. Überleitung oder selbstständig. Wegen Wirtschaftsänderung verlässt der Beamte seine bis jetzt inne gehabte Stellung. Zuschriften erbeten u. d. 12650 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Kaufmann

der Eisen- u. Kolonialwarenbranche, sucht von sofort oder später Stelle für Reise, Expedition od. Kontor. Flotter u. sicherer Verkäufer. Nehmen auch Stelle aus hilfloser Weise an. Überleitung oder selbstständig. Wegen Wirtschaftsänderung verlässt der Beamte seine bis jetzt inne gehabte Stellung. Zuschriften erbeten u. d. 12650 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Landw. Beamter

28 Jahre alt, ledig, repräsent., zuverlässig, und energ. Persönlichkeit, gewandte Umgangsstilmen, beherrscht deutsch u. poln., lange Jahre im Rechnungsdienste tis/al. Bergwerke Westfalen sowie landw. Großbet. tätig, fähig, jenseits

auf 5000 Morg. grob. Brennerei, firm. in Buchhaltung, Lohnwesen, Versicher., Tarife, Gutsverstehergesch. Schreibmaich, sucht zum

1. 26 evtl. früher Dauerstellung als Rentendant, Rechnungsführer, Privatsekretär, od. auch als Inspektor unt. Disposition. Gute, prakt. landw. Kenntnisse vorh., da mehrere Jahre

prakt. gearb. Erittl. Zeugn. u. Empf. stehen zur Verfügung. Gesell. Zuschr. unt. A. 12701 an die Geschäftsstelle erbeten.

Wirtin

erfah. in allen Zweigen eines Gutsbaus sucht zum 1. Dez. oder später Stellung. Off. bitte u. A. 12649 an die Gf. d. Btg.

Gert Jago Gt
Die Geburt eines strammen
Sonntagsjungen
zeigen hoherfreut an
12897
Lehrer Gustav Bachmann
und Frau Kläre, geb. Rösler.
Grabowiec (Buchenhagen). d. 1. 11. 25.

Dr. Linsler
prakt. Arzt u. Geburts-
helfer, wohnt jetzt 8870
Dworcowa 31, I.
Ecke Królowej Jadwigi.
Sprechst. v. 9—11 u. 3—5.
Telefon 1058.

Bon seinem schweren Leiden erlöste Gott meinen lieben Mann, mein gutes Väterchen, meinen treuen Sohn, unsern unvergesslichen Bruder, den

Fleischermeister

Paul Schwarz

im 44. Lebenjahre.

Dies zeigt schmerzerfüllt im Namen der trauernden Hinterbliebenen an

Hulda Schwarz als Gattin.

Kowalewo (Schönsee), den 3. Nov. 1925.

Die Leichenfeier findet am Freitag, den 6. d. M., nachmittags 2 Uhr, in Schönsee statt.

Der Tag der Beerdigung in Tordon wird noch bekanntgegeben.

8872

Am 1. d. Mts. entzog uns nach kurzem Leiden der unerbittliche Tod unserer lieben Kollegen, den Bädermeister Herrn

Aleksander Kronszewski

im Alter von 56 Jahren.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 5. November, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Ogrodowa 8 aus, auf dem neuen evang. Friedhof, statt.

Bäderinnung

Hoita, Obermeister.

Um pünktliches Erscheinen der Kollegen wird dringend gebeten.

8871

Am Montag, den 2. d. Mts., nachts 2½ Uhr, verschied nach kurzem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- u. Großmutter,

Frau

Barbara Sharpf

geb. Reck

im Alter von 64 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen

Gottlieb Sharpf
Friedrich Sharpf
Margarethe Zeiger

geb. Sharpf

Elisabeth Bannsemer

geb. Sharpf

Barbara Müller geb. Sharpf

Gottlieb Sharpf

Johann Sharpf

Dorothea Kreis geb. Sharpf

Elizabeth Sharpf geb. Zeiger

Karoline Sharpf geb. Löwenau

Lena Sharpf geb. Bannsemer

und 18 Entzündungen.

Waldau, den 2. November 1925.

Die Beerdigung findet Sonntag,

den 8. d. Mts. nachmittags 3 Uhr

vom Trauerhause aus statt.

8887

Haupiner-

Schermaschinen
für Hand- u. Kraftbetrieb.



Schleifen v. Scherkämmen sowie jede Reparatur an Handscheren und Scheremaschinen werden in eigener Werkstatt schnellstens ausgeführt.

Haupiner-Instrumente
f. Tierzucht u. Pflege,
Allein-Verkauf für d.
Freistaat Danzig u.
Pommern.

Franz Kuhnert
Inh.: Paul Kuhnert
Danzig, Hundegasse 98
Telefon 506, 507.
Gegr. 1879.

Mode-Atelier Helene Otto,
Danzigerstraße 9, II.

fertigt nach neuesten Modellen

Damen-Garderobe zu mäßigen Preisen.

Foto grafien
Passbilder
zu staunend billigen Preisen
Centrale für Fotografien
nur Gdańsk 19.

Anmeldungen

zum polnischen

Unterrichtskursus

erbet. in der Geschäftsstelle,

Elisabethstr. 4.

Gesang- u. Klavier-

Unterricht. Polnisch

und Deutsch

erteilt billig.

Blonia 22a, II, rechts.

Perf. Schneiderin

empf. sich ins Haus.

Unfragen an Glas.

Gdanska 13. 8834

19054

Wäsche jeder Art

wird sauber in u.

aus d. Hause an-

gefert., a. ausgebessert.

Frau Anna Dernow,

Kosciuszki 48, 8212

Gartenhaus, 1. Et.

8863

19054

Schirm-

Reparaturen

werden schnell u. sauber

ausgeführt, auch laufe

nicht reparaturfähige

Schirme.

Haagen, Schirmmacher

Gniadeckich 47, II, lts.

8872

19054

A. Kreklau, Restaurant

Okole, Grunwaldzka 9.

Donnerstag, den 5. November 25, ab 7 Uhr:

Großes

Wurst- u. Eisbeinessen

Alle Freunde und Gönner laden ein

Adolf Kreklau.

8863

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054

19054